

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Zeitung Nr. 414.

Welt der Illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Zeitung Nr. 419.

Der Lübecker Volksbote wird täglich Abends unter az. 500,- und Beiträgen ab 6,- ab dem 1. Jan. bis zum 31. Dez. im Postamt, Johannisstraße 50, und die Post zu bezahlen. Die Ausgabengebühr beträgt für die vierseitige Zeitung oder deren Raum 15 Pf., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pf., auswärtige Anzeigen 20 Pf. Die Ausgaben für die nächste Woche müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 14.

Dienstag, den 17. Januar 1899

6. Jahrgang.

Die neue Beilage.

Deutscher Reichstag.

(Original-Bericht des „Lübecker Volksboten“.)

Berlin, den 13. Januar

10. Sitzung. Mittags 12 Uhr.

Herr Bebel (fortfahren): Ich habe vor einem Jahre daran hin gewiesen, wie die großen Überlebensmungen des Jahres 1898 es der preußischen Regierung wieder auf's Neue zur gewagten Notwendigkeit gemacht, Alles anzubieten, um dieses Unheil, das gewisse Provinzen nun im Laufe des Jahrhunderts schon so und so viele Male befreit hat, dadurch zu beenden, daß endlich einmal der Staat die wohlwolligsten Mittel zu den üblichen Wohlfahrtsreformen liefern. Nun hat sich nach langen Erörterungen der Deputierte herangestellt, daß das Ministerium, das wir brauchen, um diese Gefahr zu beenden, 60 Millionen Mark sei. Nach ausführlichen gehobenen Nachrichten hat sich die preußische Regierung aber nur bereit erklärt, die Hälfte davon zu geben. Also hier wird gespart, während für Aufgaben, die ich alle und unumstößlich als Kulturaufgaben bezeichnen kann, ungezählt Millionen vorhanden sind. Nun die 60 Millionen werden von Regierungingenieuren und -Baumeistern herausgerechnet, die jedesfalls von vornherein bereits die Weitung bekommen haben, möglichst sparsam zu rechnen. Andere Sachverständige dagegen behaupten, daß nicht 60, sondern 160 Millionen dasst sie notwendig wären. So geht es noch auf vielen anderen Gebieten. Meine Herren, wollen Sie denn bestreiten, daß es im Deutschen Reich eine Angzahl Gemeinden gibt, die heute nicht mehr wissen, wie sie ihre Verbindlichkeiten anbringen sollen, die ganz ander Stunde sind, neue Einnahmenquellen zu schaffen? Hier wäre es längst Sache des Staates gewesen, eine ganze Reihe von Ausgaben, insbesondere die Schulausgaben, auf die Staatskasse zu übernehmen und die Gemeinden auch in Bezug auf das Krausewesen und das Gewässerwesen zu unterstützen. Ja, meine Herren, schämen Sie endlich einmal Ihre Militärausgaben ein, machen Sie es möglich, daß Übereinverträge von Handelskonsortien Millionen jährlich an die Einzelstaaten kommen und Sie werden sehen, wie diese Summen zum Wohl der Bevölkerung verwendet werden. Nun war es mir ganz interessant, in diesen Tagen einmal eine Liste zu Gesicht zu bekommen, die ich der wirtschafts- und handelspolitischen Rundschau für 1898, die hier bei Buttlauer u. Mühlberg erschienen ist, entnommen habe. Diese Liste enthält eine genaue Berechnung der Kosten für Militär und Marineaufwände für die verschiedenen Staaten Europas. Da kommt der Verfasser zu dem Ergebnis, daß in Großbritannien auf den Kopf des Soldaten der jährliche Unterhalt 1647 Ml. beträgt. Dabei ist zu bedenken, daß England ganz besonders thuner wirtschaftet, da die volle Hälfte seiner Armee in den Kolonien steht. Aber, meine Herren, unmittelbar hinter England erscheint Deutschland, und zwar mit der Ausgabe von 1140 Ml. pro Kopf. Dann erst folgt Frankreich mit 918 Ml. pro Kopf, Italien mit 874 Ml., Österreich-Ungarn mit 682 Ml., Russland und Finnland mit 610 Ml., so daß also die Kosten der Militärausgaben für das angehende russische Reich auf den Kopf fast um die Hälfte niedriger kommen, als das in Deutschland der Fall ist. Sind wir aber wirklich die reiche Nation, wie Herr von Stumm es geschildert hat? Der Statistik nach beträgt das Durchschnittseinkommen in England 731 Ml., in Frankreich 628 Ml., in Deutschland 551 Ml. pro Jahr und Kopf. Wir kommen also hier erst in dritter Reihe, während wir in Bezug auf die Belastung des Militär- und Marinebudgets in zweiter, bezweckter Stelle in Europa stehen. Unsere finanzielle Lage ist daher durchaus nicht so glänzend, daß wir auf die Dauer weiter solche Dächer tragen können. Freilich ist es verhältnißmäßig, daß das Manifest des russischen Kaisers in den bürgerlichen Kreisen nicht mit mehr Jubel begrüßt worden ist, daß man nicht Alles aufgeboten hat, um die Regierungen zu beeinflussen, damit auf den ausgeprägten Gedanken auch die That folge. Nur in England wurden freudige Kundgebungen laut. Aber in Deutschland erfolgte das gerade Gegenteil. Da hat z. B. länglich in der Genossenschaft freiwilliger Kaufmänner ein Professor Stahl öffentlich erklärt, er sei doch anderer Ansicht als der russische Kaiser, wenigstens soweit Deutschland hier in Frage kommt. Nach Ansicht Stahls ist es nicht möglich, den Krieg abzu schaffen; und wenn's möglich wäre, doch nicht wünschenswert. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Und hiergegen ist kein Protest erhoben worden. General von Boguslawski hat sich im Novemberfest der „Deutschen Arbeiter“ auch hierüber ausgesprochen. Er zitiert Wölke: „Der ewige Friede ist ein Traum und nicht einmal ein schöner; der Krieg ist ein Element in Gottes Ordnung.“ Der arme liebe Gott! (Sehr richtig! b. d. Soz.) Als ich aber diese Aussführungen gelesen hatte, fragte ich mich, warum, wenn der Krieg in Gottes Ordnung ist, die europäischen Regierungen nicht alle zehn Jahre eine große Massenschlacht erlassen, um die physischen Kräfte der Nationen zu stärken. Daß das nicht gelan ght, ist ein Zeichen für die Haltlosigkeit der Behauptungen. Der Prolletarier hat es ja lieber in Deutschland auch nicht wüthig, auf den Krieg zu warten, um seine physischen Kräfte zu stärken. Er steht immer einem Feind gegenüber, in der Fabrik, im Bergwerk usw. Nach der Umsatzstatistik sind von 1886 bis 1896 in den der Umsatzversicherung unterworfenen Betrieben Deutschlands 68 780 Arbeiter getötet worden, 34 240 für Arbeitszeit ganz und 280 843 teilweise erwerbsfähig geworden. 151 827 Arbeiter waren vorübergehend krank, so daß im Ganzen 516 762 Proletarier leben mehr oder weniger schwer beschädigt worden sind. Die deutschen Arbeiter haben also wirklich keine Ursache, einen Krieg herbeizuleben und ihr Leben auch noch auf dem Schlachtfeld zu opfern für Interessen, die meist nicht ihre eigenen sind. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Würde es sich wirklich um einen Vertheidigungskrieg handeln, dann, meine Herren, würde die deutsche Sozialdemokratie ihre Schuldigkeit thun. Aber hier handelt es sich um politische Mächte und Pläne; und dafür will das deutsche Proletariat nicht seine Gliedmaßen opfern. Ich stehe nicht an, zu erklären, daß ich den Wiener Arzt, der seinem Beruf zum Opfer gefallen ist,

so hoch schaue, wie Jeden, der sich aus Liebe zu den Mitmenschen abkopiert. Das geschieht zum Nutzen der Menschheit, aber massenhaftes Kriege wollen wir nicht im Spiele sehen. Havar hat keinen Freier von Stumm gefragt, was müsse die Militärvorlage dochthalb bewilligen, weil, wenn bei der Abstimmungsergebnis beschlossen werden würde, die Armee um 10 v. p. zu verringeren, der Staat am besten wegkomme, der zuletzt am meisten gerüttelt sei. Ich dachte mir bei seinen Worten: Wenn Sie das denken, dann seien Sie wenigstens so geschrift, Ihre Gedanken nicht zu verbauen! Heute ist nicht die Zeit, sich nicht überlegen! bei den Sozialdemokraten.) Ich verstehe in der That nicht, daß Freier von Stumm, welcher die Regierung so nahe steht, sich nicht überlegt, welchen Eindruck solche Worte in Petersburg machen müssten. Es ist aber auch gar nicht wichtig, daß auf dieser Konferenz überhaupt über Abstimmung verhandelt werden wird. Ich halte auch den Gedanken in dem Sinne, daß eine Vereinbarung getroffen werden könnte, daß jedes Land einen bestimmten Theil seiner Armee zu entlassen habe, für unausführbar aus Gründen, auf die ich jetzt nicht näher eingehen will. Es giebt aber noch andere Mittel, die diesen Gedanken in höherem Maße zu verwirklichen im Stande sind. Man trifft auf der Konferenz das Übereinkommen, den Status quo auf 10 Jahre aufrecht zu erhalten. Dann kann ja keine Macht mehr an Anfangen denken, weil die Möglichkeit fehlt, auf eine so lange Periode von Jahren hinaus dieselbe in Anwendung zu bringen. Man kommt weiter dahin über ein und der Gedanke ist auch ausführbar, daß ein für alle Male, sobald irgend welche Zusammensetzung zwischen bestimmten Kulturstaaten besteht, also dann alle übrigen Staaten mit allen Vertretern, parlamentarischen und Vertretern der Regierung, zu einem Schiedsgericht zusammenentreten, in dem die streitenden Parteien ihre Sache vortragen und entschieden wird, wer Recht und wer Unrecht hat. Freilich ist an all das einzuweisen nicht zu denken. Das stehende Heer ist, wie die Marine, ein jüngstes Moment in unserem Wirtschaftsleben, an dessen Entwicklung zahlreiche und wichtige Klassen der Gesellschaft interessiert sind. Bei dem immer schwieriger werdenden Kriegskampf, auch für unsre höheren Klassen, ist es diesen eine ganz angenehme Einrichtung, daß sie einen gewissen Reservethalt ihrer Söhne in die Armee als Offiziere abgeben können. Der preußische Adel hat ja von je in der Armee seine hauptsächlichste Verborgungsstelle gefunden. Dazu kommt der große Kreis der Industriellen, der Bassen, Munition, Bekleidungsindustrie zu liefern hat, ein ganzer Ring von Hunderten kapitalistischer und einflussreicher Personen in unserer Gesellschaft, in der Presse, die alles daran setzen werden, jede Neuerung in den militärischen und sonstigen Einrichtungen unseres Volkes zu hinterziehen. Vor Allem aber ist die Armee heute in gleicher Zeit noch eine soziale Klasseninstitution, sie ist ein Mittel der Klassenherrschaft; in Folge dessen werden die herrschenden Klassen nie in einer Aenderung willigen. Wir erklären es für ganz Selbstverständlich, daß einzuweisen jeder Staat verpflichtet ist, Einrichtungen zu treffen, die ihm nach Möglichkeit vor Schädigungen seitens anderer Nationen schützen. Über wir verlangen, daß das in Formen und Einrichtungen gezeigt wird, die es dem Volke erträglich und leicht machen, hier seine Pflicht zu erfüllen. Es ist zweifellos, daß bei dem mächtigen Konkurrenzkampf, der heute bei allen Nationen der Welt tobt, diejenige am besten fort kommt, welche die zahlerreichen und intelligentesten Arbeiter hat. Ist das aber der Fall, dann haben wir dafür zu sorgen, daß nicht ein großer Theil der befähigtesten Arbeiter fortgelebt auf Jahre hinaus in der Armee festgehalten wird. Das gilt nicht allein für die Landwirtschaft, wo es in späteren Jahren geradezu eine Lebensfrage werden wird, sondern das wird in noch höheren Grade für die Industrie gelten — Unter Zustimmung eines großen Theils des Bürgertums hat Herr v. Basse eine Verordnung erlassen, wonach kein Sozialdemokrat in der Schlafmission über darf. Und doch giebt es keine einzige Partei, die für die allgemeine Volksbildung und Erziehung in solchem Maßstabe Mittel ausgibt, wie die Sozialdemokratie. Aber das ist staatsgefährlich! (Gut! gut!) Nawohl, staatsgefährlich! Hierzulande gilt das Wort: „Der dumme Arbeiter ist der beste.“ In England und Amerika aber sagt man im Gegenteil: „Der intelligente Arbeiter ist der beste und billigste; er ist leistungsfähig; dem kann man was anvertrauen.“ Je höhere Intelligenz, je bessere Schulbildung unsere Arbeiter haben, um so mehr Vortheil hat die Industrie und Landwirtschaft davon. Solche Ansichten aber sind von uns bei uns herrschenden ganz verschieden. Wenn man einen Herrn von der Militärvorlage fragen würde, mit wem er lieber zu thun hat: mit einem dummen, verblödeten Bauer oder mit einem intelligenten Industriearbeiter, dann wird er sich für den Letzteren entscheiden. Der bayerische General v. Sauer hat in der Staatsdebatte in München erklärt, daß die Armeeverwaltung von ganz besonderem Vortheile wäre, ob je jetzt so viele Leute aus den Industrie- und Stadtbezirken eingezogen würden; denn solche wären viel gewandter und gelehrter, auch intelligenter, was von Wichtigkeit bei den hohen Ansforderungen an die Ausbildung des Einzelnen ist. Die Landarbeiter, die als Reserveisten eingesetzt werden, haben meist das Gelernte wieder vergessen, während der Industriearbeiter weit brüderlicher ist. Nun, meine Herren, wir Sozialdemokraten sind ja davon fest überzeugt, daß, wenn die Jugend militärisch erzogen, wenn als Institute ehemalige Unteroffiziere und Offiziere berufen werden würden, daß dann die Dienstzeit verändert und unsere Armee allmälig ein ganz anderes Gesicht bekommen würde. Dieser Gedanke ist freilich heute in bürgerlichen Kreisen ganz abgetan. Und die Leute, die sich eins für diese Idee begeistert haben, hat später Bismarck zur Erziehung des Norddeutschen Bundes, bzw. des Deutschen Reiches ausgenutzt. Bei der Generalversammlung des Nationalvereins in Frankfurt a. M., welche unter Vorsitz des Freiherrn Bonnigen stattete, wurde im Oktober 1865 folgende Resolution gefasst: Die Versammlung erklärt: die allgemeine Wehrpflicht, die ohne übermäßige Belastung des Volkes nur in Verbindung mit sehr kurzer Präsenzzeit durchgeführt werden kann, erfordert die militärische Erziehung der noch nicht dienstpflichtigen Jugend. Dieselbe hat mit dem Turnen zu beginnen und ist möglichst bis zur siedmährigen Ausbildung der Kompanie durchzuführen. Der National-

verein fordert seine Mitglieder auf, zur Errichtung dieses Ziels mitzuwirken. Nachstehend ist insbesondere anzustreben 1) die Erführung des obligatorischen Turnunterrichts an allen Schulen, auch den Volksschulen; 2) die Errichtung von freiwilligen Jugendbewegungen, besonders in den Städten, welche sich entweder an die Schulen anschließen haben oder, wo es möglich ist, die Unterstützung des Militärs in Beziehung auf den Unterricht gewinnen sollten; 3) ferner die Aufstellung vom Staat befehlter Offiziere als Jugendwehr-Instruktoren; 4) Überlassung von Exerziergruppen an die Jugendbewegungen vom Staat; 5) Herabsetzung der Präsenzzeit im Frieden für die in der Jugendwehr Ausgebildeten; 6) Erleichterungen der Schießübungen für die Jugend in den Schulen vornehmen. In der Generalversammlung des Nationalvereins 1862 wurde eine Resolution angenommen, die den sozialdemokratischen Ideen über allgemeine Volkswaffe und Volksbewaffnung sehr nahe kommt, weil man sich damals sagen möchte, daß die Armee ein Werkzeug für die Regierung sei, welches jeder Volkssfreiheit und jeder Volksebewegung ein quod ego entgegenstehen sollte. Allmälig machen sich auch solche Auffassungen in Offizierskreisen geltend. Der Chef des Generalsabs im 14. Armeekorps spricht von der späteren Kriegsführung. Er plädiert für eine nicht allzu große, gut ausgebildete Kriegsarmee, die gekürzt wird durch eine große, ganz umfassende militärische Organisation im Hintergrunde. Dies wird also auch allgemeine Volksbewaffnung als Ideal hingestellt. Er begiebt sich direkt auf den Schweizer Oberst Wille, der die allgemeine Volksbewaffnung, verbunden mit militärischer Jugendziehung, in unserem Sinne definiert hat. Über das Schweizer Militärheer sind von deutscher Sachverständiger Seite die glänztesten Urtheile gesetzt worden. (Neben verliest einen Artikel der „Strasburger Post“, den ein Militär geschrieben hat und in dem die Manneszahl der schweizer Militärdiabaten hoch gerühmt wird.) Der amerikanisch-lakonische Krieg spricht auch für das Militärheer, das kleine Militär Amerikas hat sich musterhaft geschlagen und war dem siebenjährigen Spanischen Heere weit überlegen. Für uns ist es selbstverständlich, daß wir eine derartige Vorlage ohne Weiteres ablehnen, insbesondere auch deshalb, weil wir kein System unterstützen wollen, das, um das Wort des russischen Kaisers zu gebrauchen, gerade zu der Katastrophe führt, die man zu vermeiden wünscht. (Verhinderter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Kriegsminister v. Gohler: Die Aufstellung des Manifestes des Reichs ist eine verschiedene. Die Regierung sieht es als eine Grundlage für eine Friedliche Entwicklung an, während es der „Vorwärts“ als einen Kniff der russischen Diplomatie bezeichnet hat. Auf dem Stuttgarter Kongreß nannte es Viehfeldt eine Farce und sagte: „Ob es ein kluger Streich war, weiß ich nicht, ich glaube es aber nicht.“ Da begreift ich nicht, wie Herr Bebel und wegen unserer Auffassung des Manifestes Vorwürfe machen kann. Wenn Herr Bebel seinen Krieg von Westen fürchtet, dann begreife ich nicht, wie er in seiner letzten Broschüre eine so große Armeeverstärkung fordern kann. (Widerspruch des Abg. Bebel.) Der Gedanke, Streitigkeiten unter den Nationen durch Schiedsgerichte auszutragen, ist ja nicht neu. Es entsteht nur die Gefahr, daß durch solche Schiedsgerichte eine Ratio majorisirt werden kann. Die Kriegsminister v. Gohler: Die Regierung hat seine Verteidigung nicht als eine Friedliche Entwicklung an, während es der „Vorwärts“ als einen Kniff der russischen Diplomatie bezeichnet hat. Auf dem Stuttgarter Kongreß nannte es Viehfeldt eine Farce und sagte: „Ob es ein kluger Streich war, weiß ich nicht, ich glaube es aber nicht.“ Da begreift ich nicht, wie Herr Bebel und wegen unserer Auffassung des Manifestes Vorwürfe machen kann. Wenn Herr Bebel seinen Krieg von Westen fürchtet, dann begreife ich nicht, wie er in seiner letzten Broschüre eine so große Armeeverstärkung fordern kann. (Widerspruch des Abg. Bebel.) Der Gedanke, Streitigkeiten unter den Nationen durch Schiedsgerichte auszutragen, ist ja nicht neu. Es entsteht nur die Gefahr, daß durch solche Schiedsgerichte eine Ratio majorisirt werden kann. Die Kriegsminister v. Gohler: Die Regierung hat seine Verteidigung nicht als eine Friedliche Entwicklung an, während es der „Vorwärts“ als einen Kniff der russischen Diplomatie bezeichnet hat. Auf dem Stuttgarter Kongreß nannte es Viehfeldt eine Farce und sagte: „Ob es ein kluger Streich war, weiß ich nicht, ich glaube es aber nicht.“ Da begreift ich nicht, wie Herr Bebel und wegen unserer Auffassung des Manifestes Vorwürfe machen kann. Wenn Herr Bebel seinen Krieg von Westen fürchtet, dann begreife ich nicht, wie er in seiner letzten Broschüre eine so große Armeeverstärkung fordern kann. (Widerspruch des Abg. Bebel.) Der Gedanke, Streitigkeiten unter den Nationen durch Schiedsgerichte auszutragen, ist ja nicht neu. Es entsteht nur die Gefahr, daß durch solche Schiedsgerichte eine Ratio majorisirt werden kann. Die Kriegsminister v. Gohler: Die Regierung hat seine Verteidigung nicht als eine Friedliche Entwicklung an, während es der „Vorwärts“ als einen Kniff der russischen Diplomatie bezeichnet hat. Auf dem Stuttgarter Kongreß nannte es Viehfeldt eine Farce und sagte: „Ob es ein kluger Streich war, weiß ich nicht, ich glaube es aber nicht.“ Da begreift ich nicht, wie Herr Bebel und wegen unserer Auffassung des Manifestes Vorwürfe machen kann. Wenn Herr Bebel seinen Krieg von Westen fürchtet, dann begreife ich nicht, wie er in seiner letzten Broschüre eine so große Armeeverstärkung fordern kann. (Widerspruch des Abg. Bebel.) Der Gedanke, Streitigkeiten unter den Nationen durch Schiedsgerichte auszutragen, ist ja nicht neu. Es entsteht nur die Gefahr, daß durch solche Schiedsgerichte eine Ratio majorisirt werden kann. Die Kriegsminister v. Gohler: Die Regierung hat seine Verteidigung nicht als eine Friedliche Entwicklung an, während es der „Vorwärts“ als einen Kniff der russischen Diplomatie bezeichnet hat. Auf dem Stuttgarter Kongreß nannte es Viehfeldt eine Farce und sagte: „Ob es ein kluger Streich war, weiß ich nicht, ich glaube es aber nicht.“ Da begreift ich nicht, wie Herr Bebel und wegen unserer Auffassung des Manifestes Vorwürfe machen kann. Wenn Herr Bebel seinen Krieg von Westen fürchtet, dann begreife ich nicht, wie er in seiner letzten Broschüre eine so große Armeeverstärkung fordern kann. (Widerspruch des Abg. Bebel.) Der Gedanke, Streitigkeiten unter den Nationen durch Schiedsgerichte auszutragen, ist ja nicht neu. Es entsteht nur die Gefahr, daß durch solche Schiedsgerichte eine Ratio majorisirt werden kann. Die Kriegsminister v. Gohler: Die Regierung hat seine Verteidigung nicht als eine Friedliche Entwicklung an, während es der „Vorwärts“ als einen Kniff der russischen Diplomatie bezeichnet hat. Auf dem Stuttgarter Kongreß nannte es Viehfeldt eine Farce und sagte: „Ob es ein kluger Streich war, weiß ich nicht, ich glaube es aber nicht.“ Da begreift ich nicht, wie Herr Bebel und wegen unserer Auffassung des Manifestes Vorwürfe machen kann. Wenn Herr Bebel seinen Krieg von Westen fürchtet, dann begreife ich nicht, wie er in seiner letzten Broschüre eine so große Armeeverstärkung fordern kann. (Widerspruch des Abg. Bebel.) Der Gedanke, Streitigkeiten unter den Nationen durch Schiedsgerichte auszutragen, ist ja nicht neu. Es entsteht nur die Gefahr, daß durch solche Schiedsgerichte eine Ratio majorisirt werden kann. Die Kriegsminister v. Gohler: Die Regierung hat seine Verteidigung nicht als eine Friedliche Entwicklung an, während es der „Vorwärts“ als einen Kniff der russischen Diplomatie bezeichnet hat. Auf dem Stuttgarter Kongreß nannte es Viehfeldt eine Farce und sagte: „Ob es ein kluger Streich war, weiß ich nicht, ich glaube es aber nicht.“ Da begreift ich nicht, wie Herr Bebel und wegen unserer Auffassung des Manifestes Vorwürfe machen kann. Wenn Herr Bebel seinen Krieg von Westen fürchtet, dann begreife ich nicht, wie er in seiner letzten Broschüre eine so große Armeeverstärkung fordern kann. (Widerspruch des Abg. Bebel.) Der Gedanke, Streitigkeiten unter den Nationen durch Schiedsgerichte auszutragen, ist ja nicht neu. Es entsteht nur die Gefahr, daß durch solche Schiedsgerichte eine Ratio majorisirt werden kann. Die Kriegsminister v. Gohler: Die Regierung hat seine Verteidigung nicht als eine Friedliche Entwicklung an, während es der „Vorwärts“ als einen Kniff der russischen Diplomatie bezeichnet hat. Auf dem Stuttgarter Kongreß nannte es Viehfeldt eine Farce und sagte: „Ob es ein kluger Streich war, weiß ich nicht, ich glaube es aber nicht.“ Da begreift ich nicht, wie Herr Bebel und wegen unserer Auffassung des Manifestes Vorwürfe machen kann. Wenn Herr Bebel seinen Krieg von Westen fürchtet, dann begreife ich nicht, wie er in seiner letzten Broschüre eine so große Armeeverstärkung fordern kann. (Widerspruch des Abg. Bebel.) Der Gedanke, Streitigkeiten unter den Nationen durch Schiedsgerichte auszutragen, ist ja nicht neu. Es entsteht nur die Gefahr, daß durch solche Schiedsgerichte eine Ratio majorisirt werden kann. Die Kriegsminister v. Gohler: Die Regierung hat seine Verteidigung nicht als eine Friedliche Entwicklung an, während es der „Vorwärts“ als einen Kniff der russischen Diplomatie bezeichnet hat. Auf dem Stuttgarter Kongreß nannte es Viehfeldt eine Farce und sagte: „Ob es ein kluger Streich war, weiß ich nicht, ich glaube es aber nicht.“ Da begreift ich nicht, wie Herr Bebel und wegen unserer Auffassung des Manifestes Vorwürfe machen kann. Wenn Herr Bebel seinen Krieg von Westen fürchtet, dann begreife ich nicht, wie er in seiner letzten Broschüre eine so große Armeeverstärkung fordern kann. (Widerspruch des Abg. Bebel.) Der Gedanke, Streitigkeiten unter den Nationen durch Schiedsgerichte auszutragen, ist ja nicht neu. Es entsteht nur die Gefahr, daß durch solche Schiedsgerichte eine Ratio majorisirt werden kann. Die Kriegsminister v. Gohler: Die Regierung hat seine Verteidigung nicht als eine Friedliche Entwicklung an, während es der „Vorwärts“ als einen Kniff der russischen Diplomatie bezeichnet hat. Auf dem Stuttgarter Kongreß nannte es Viehfeldt eine Farce und sagte: „Ob es ein kluger Streich war, weiß ich nicht, ich glaube es aber nicht.“ Da begreift ich nicht, wie Herr Bebel und wegen unserer Auffassung des Manifestes Vorwürfe machen kann. Wenn Herr Bebel seinen Krieg von Westen fürchtet, dann begreife ich nicht, wie er in seiner letzten Broschüre eine so große Armeeverstärkung fordern kann. (Widerspruch des Abg. Bebel.) Der Gedanke, Streitigkeiten unter den Nationen durch Schiedsgerichte auszutragen, ist ja nicht neu. Es entsteht nur die Gefahr, daß durch solche Schiedsgerichte eine Ratio majorisirt werden kann. Die Kriegsminister v. Gohler: Die Regierung hat seine Verteidigung nicht als eine Friedliche Entwicklung an, während es der „Vorwärts“ als einen Kniff der russischen Diplomatie bezeichnet hat. Auf dem Stuttgarter Kongreß nannte es Viehfeldt eine Farce und sagte: „Ob es ein kluger Streich war, weiß ich nicht, ich glaube es aber nicht.“ Da begreift ich nicht, wie Herr Bebel und wegen unserer Auffassung des Manifestes Vorwürfe machen kann. Wenn Herr Bebel seinen Krieg von Westen fürchtet, dann begreife ich nicht, wie er in seiner letzten Broschüre eine so große Armeeverstärkung fordern kann. (Widerspruch des Abg. Bebel.) Der Gedanke, Streitigkeiten unter den Nationen durch Schiedsgerichte auszutragen, ist ja nicht neu. Es entsteht nur die Gefahr, daß durch solche Schiedsgerichte eine Ratio majorisirt werden kann. Die Kriegsminister v. Gohler: Die Regierung hat seine Verteidigung nicht als eine Friedliche Entwicklung an, während es der „Vorwärts“ als einen Kniff der russischen Diplomatie bezeichnet hat. Auf dem Stuttgarter Kongreß nannte es Viehfeldt eine Farce und sagte: „Ob es ein kluger Streich war, weiß ich nicht, ich glaube es aber nicht.“ Da begreift ich nicht, wie Herr Bebel und wegen unserer Auffassung des Manifestes Vorwürfe machen kann. Wenn Herr Bebel seinen Krieg von Westen fürchtet, dann begreife ich nicht, wie er in seiner letzten Broschüre eine so große Armeeverstärkung fordern kann.

finanzielle Nebenbenen der Vorlage nicht im Wege stehen können. Am deutschen Volke ist auch das Verständnis für die Machfrage glücklicher Weise immer größer geworden; daher kommt es, daß man dieser Vorlage allenfalls so günstig genommen ist. Das Kreuzmanifest hält ich für den Ausdruck der edlen Gesinnung eines ideal angelegten Herrschers. Über Deutschland muß vor allem in sich selbst die Sicherung seiner Interessen bestehen. (Herrn rechts und bei den Nationalliberalen.)

Vieckermann v. Sonnenberg (Antl.): Wir sind der Ansicht, daß Deutschland gut daran thut, sein Schwert zu schärfen. Die Absicht der russischen Regierung war wohl, Gewerbe im deutschen Parlament zu verunsichern, auf Grund des Unifikations-Schultergleiters zu machen. Der Abg. Bebel von Westen war der Bebel nicht, der 1871 die Thesen der Kommaue viel zu mäßig stand. Heut sprach er nachvoll und protestiert nur gegen den Militarismus, weil durch eine starke Armee die Taktik seiner Partei nicht in Erfüllung gehe. Ich bin stets ein Freund der zweijährigen Dienstzeit gewesen. Aber nachdem man sie eingeführt hat, kann man sie nicht mehr abschaffen. Wozu muß sich jetzt bewirken, in den 2 Jahren den Geist einzupumpen, der sie während des ganzen Lebens dann beherrschen soll. Ich lasse die Aufführung des Einjährig-Freiwilligen-Dienstes vor, der nur ein Nachschwung des außerordentlichen Wissens herbeiführt, um beim anderen Zeit so sehr franz. Die Militärverwaltung sollte sich aber auch fragen, ob der deutsche Offiziersverein sich mit den Interessen des Mittelstandes verträgt. (Heiterkeit.) Sie möge sich auch vom Ausland bei Lieferungen frei machen. Wir bitten das Centrum, mit ausdrücklich zu lügen, daß nur die laufenden Einschreibungen zur Bedeutung der Kosten herausgezogen werden dürfen. (Heiterkeit rechts.)

Rückert (FDP): Auf dem Staatspunkt des Herrn von Levetow kann wir uns nicht stellen, der alle Verantwortung der Regierung überlässt will. Wir sind auch der Meinung, es ist unendbar, in einer längeren Dienstzeit zurückzufallen. Den von Bebel vorgeschlagenen Weg halten wir für ungängbar. Dagegen hoffen wir auf eine Besoldung auf der Grundlage der Regierungsvorlage.

Damit schließt die Diskussion. Die Vorlage wird der Budget-Kommission überwiesen.

Nächste Sitzung: Dienstag 1 Uhr. Kleinere Vorlagen. 2. Lesung des Etats: Reichstag, Reichskanzler und Reichsfanzelei, Reichskanzler des Innern.

Schluß 8½ Uhr.

Aus dem Reichstage. Unser parlamentarischer Berichterstatter schreibt uns: Der Reichstag hat Freitag die Militärvorlage in erster Lesung zu Ende geführt und sie der Budgetkommission zur weiteren Beratung überwiesen. Bebel leitete die Verhandlungen ein mit einer beinahe zweistündigen Rede ein. Das alte Feuer heller Beerdamkeit loderte in ihm und er erzwang sich, wie immer, die gespannte Aufmerksamkeit des ganzen Hauses. Eingehend und klar schilderte er die Weltlage, die er ruhiger und nicht so schwarz ansieht, wie die Regierung und der Abg. von Stumm, was über die Freunde des Militarismus niemals zugeben werden, da sie sonst überhaupt keinen vernünftigen Grund für die fortgesetzte Steigerung der militärischen Rüstungen angeben könnten. Sehr treffend waren Bebel's Ausführungen, über die Errscheinung, daß jetzt schon die landwirtschaftlichen deutschen Kreise einer Erhöhung der Militärausgaben skeptischer gegenüberstehen, als die großindustriellen Kreise, welche vermöge des Aufschwungs der Industrie diese gesteigerten Lasten natürlich recht gut tragen können. Selbstverständlich spielte das Zarenmanifest in der Rede Bebel's eine größere Rolle. Dass er die Militärvorlage eine Verhöhnung des kaiserlichen Manifestes nannte, trug ihm einen Ordnungsruf ein. Damit, daß Herr von Ballenstädt diesen scharfen kritikenden Ausdruck für unparlamentarisch erklärte, verlor er aber keineswegs an innerer Rechtigkeit. Im übrigen liegen jetzt Ordnungsrufe für sozialdemokratische Redner im Parlament sozusagen auf der Straße. Durch ihre Häufigkeit verlieren sie an Wert und unsere Genossen regen sich schon längst nicht mehr darüber auf, gescheide denn, daß sie auf den Einfall kommen sollten, einmal wegen eines solchen Ordnungsrufes in die Revisionsinstanz zu gehen, wie das in früheren Zeiten wohl manchmal geschehen ist.

Im zweiten Theil seiner Ausführungen vertrat Bebel unsern alten Programmpunkt, die Durchführung allgemeiner Volksbewaffnung mittels des Militärsystems. Kriegsminister v. Goebel machte sich schon zum zweiten Mal den Spaß, diese Militärträume zu verspotten. Er hielt so ziemlich wörlich die gleiche Rede, wie bei der Beratung des letzten Militäretats, wo Bebel das gleiche Thema angeschnitten hatte. Von dem Kohl, den heute aber der Kriegsminister aufwärmte, kann man aber nicht sagen, was man sonst vom Kohl sagt, nämlich, daß er durch das Aufwärmen besser wird.

Für das Centrum sprach hierauf der Abg. Professor v. Hartling. Er vollführte den bekannten Gierotz, denn ganz geschlossen wird die Partei auch diesmal nicht stimmen. Trotzdem er eine Unzahl Bedenken anführte, ließ er doch durchblicken, daß schließlich die Vorlage in der Hauptsache von der schwarzen Garde bewilligt werden wird.

Mit dreimaligem Hurrah erklärte sich für die Nationalliberalen der Abg. Sattler, der Nachfolger Benningens im Wahlkreis und wohl auch in der Partei, mit der Vorlage einverstanden. Sattler und Stumm, sie sind in ihren Parteien ja die Vertreter des Großindustrialismus, dessen Militärfreudigkeit Bebel vorher so richtig in seinen inneren Urzüchen gekennzeichnet hatte. Ein gleichlautes Hurrah brachte der Antisemit Liebermann von Sonnenberg der Vorlage aus, er hat bekanntlich auch die lauteste Stimme im ganzen Reichstag. Liebermann erklärte sich gegen die zweijährige Dienstzeit — o diese Volksfreundlichkeit der Antisemiten! — dann aber für Beseitigung des Einjährig-Freiwilligenrechtes. Er hat sich wohl die Wirkung dieser Maßregel nicht klar gemacht, die wir ja auch unterstützen; denn müssen erst die Söhne der Großbourgeoisie zwei Jahre dienen, dann kommen wir neben besserer Behandlung auch gar bald zu noch kürzerer Dienstzeit. Also nur los. Den Schluß der Redner machte der Abg. Rückert. Bemerkenswertes aus seinen Ausführungen ist nicht zu berichten. Die süddeutschen Volkspartei wie die Polen hielten es nicht

für angezeigt, ihre Meinung zu der wichtigen Vorlage zu äußern.

Politische Sitzungen

(Continuatio).

Zum Buchthandgesetz finden wir in der Berliner "Germania" folgende Notiz:

"Wie eine helle Korrespondenz behauptet, soll der Kaiser neuerdings auf das Entscheidende betont haben, daß das Gesetz zum Schutz der Arbeitsschichten noch in der laufenden Session zur Verhandlung und Verabsiedlung gelangen möge, und daß insbesondere dem Unwesen des Streikbossenfeuers schärfer vorgegangen werde."

Wir wissen die Nachricht auf ihre Wichtigkeit nicht kontrollieren. Aber auffällig ist es doch, daß die schon vor mehr als vier Monaten vom Kaiser als ihrer Vollendung entgegenliegend angestellte Vorlage noch immer nicht eingeführt ist. Daraus läßt sich schließen, daß es den Gehirnkranken sehr schwer werden muß, eine Form für die Vorlage zu finden, die bei Neuerungen bei Kaiser gerecht wird und doch auch entfernt die Möglichkeit in Aussicht stellt, daß der Reichstag seine Zustimmung geben könnte.

Postalliges. In der Freitags-Sitzung der Bürgertag-Kommission des Reichstages führte Staatssekretär von Hodenberg aus: "Im Verfolg der in der Thronrede enthaltenen Ankündigungen erkläre ich: Es liegt in der Absicht der Reichsregierung, noch in dieser Session dem Reichstag die Vorlage wegen anderweitiger Ausgestaltung des Fernsprechgebühren-Tarifs zu unterbreiten, durch den die Gebühren für die Orte mit geringer Teilnehmerzahl unter Berücksichtigung des Grundsatzes von Leistung und Begrenzung festgelegt werden. Dies ermöglicht für die kleinen Orte eine erhebliche Ermäßigung der Gebühren. Diese Absicht ist bei dem zu erwartenden starken Zugange neuer Stellen nur dann durchführbar, wenn gleichzeitig der Telegraphenverwaltung die erforderlichen Rechte zur Benutzung der öffentlichen Wege gegeben werden. Auch mit Rücksicht auf den beabsichtigten Übergang zum Doppelleitungssystem und zur ausgedehnten Legung unterirdischer Linien ist eine gesetzliche Regelung unabweislich." Weiter erklärte der Staatssekretär, eine Novelle zum Postgesetz ist vorsichtig gegenwärtig dem Bundesrat vor. Die Beitragsmeldung, es sei eine Verhinderung der Telegraphen zu bestimmen, habe ich beobachtet, sei falsch. Er, der Staatssekretär, beabsichtige eine Beschränkung der Bestellung dadurch herbeizuführen, daß er an Stelle der aus dem Bestelldienst zurückgezogenen, über 50 Jahre alten Postbeamten, versuchsweise Durchsuchen von 16 Jahren für diesen Dienst einstelle. Eine Erhöhung der Taxe für Telegramme am Sonntag sei mit Rücksicht auf die ausländischen Telegramme nicht angängig. Die Beitragsmeldung wird Dienstag fortgesetzt werden. — Die dem Bundesrat vorliegende Novelle zum Postgesetz nimmt für das Prinzip von 10 Pf. eine Erhöhung des Höchstgewichts bis 20 Gr. in Aussicht. Dabei soll bestimmt werden, daß die Posttage auch auf den Nachbarortverkehr ausgedehnt werden kann. Die Beitragsgebühr soll betragen 10 Pf. für jede Bezugzeit ohne Rücksicht auf deren Dauer, ferner 15 Pfennig jährlich mehr für jede weitere Ausgabe in der Woche; und schließlich zehn Pfennig jährlich für jedes Kilogramm des Jahresgewichtes, mindestens jedoch 40 Pf. jährlich für jede Zeitung. Bei Ausdehnung des Postregals soll den Anstalten der Privatposten, die vor dem 1. April 1898 entstanden und ununterbrochen bis jetzt betrieben wurden, eine Entschädigung gewährt werden, und zwar nicht nur für die Verminderung des eigentlichen Vermögensstandes, sondern auch in gewissem Umfang für entgangenen Gewinn. Auch die Beamten der Anstalten sollen gegebenen Falles eine einmalige Entschädigung erhalten, die je nach der zurückgelegten Dienstzeit (3 Monate bis 6 Jahre) ein Monatsgehalt bis ein Jahresgehalt beträgt.

Die Antisarkistikkonferenz in Rom ist nach der Erklärung des griechischen Bevölkerungsministers Dr. Streit gegenüber einem Interviewer nicht ergebnislos verlaufen. Alles, was bisher in der Presse über die Beschlüsse geschrieben sei, entspreche den Thatsachen nicht im Mindesten. „Die gefassten Beschlüsse betreffen einerseits Verwaltungsmafregeln, zu deren Durchführung sich die teilnehmenden Staaten vorbehaltlos verpflichtet haben. Die übrigen Beschlüsse beziehen sich auf bestimmte gesetzgeberische Maßnahmen, und haben die teilnehmenden Regierungen die bindende Zusage gemacht, dementsprechende Gesetzentwürfe in ihren Parlamenten vorzulegen. — Als eine der vorbehaltlos zugestandenen „Verwaltungsmafregeln“ haben wir demnach wohl die neuen Vorschriften der Polizei an einigen Orten auszuführen Personalauflösungen und Messung bekannter Anarchisten anzusehen. Interessant dürfte die Sache werden, wenn die so vorsichtig geheim gehaltenen Beschlüsse der Konferenz in Form von Gesetzentwürfen an die Parlamente kommen. Da wird das, was in Rom noch an Übereinstimmung vorhanden war, wohl definitiv in die Brüche gehen.“

Der Landwirtschaftsminister Frhr. v. Hammerstein (die „Null“ v. d. Groebens) hat im Reichstag bekanntlich die „nationale“ Gesinnung eines freisinnigen Redners angegriffen. Mit Bezug hierauf erzählt die "Boss. Blg.":

„Es hat einmal einen Politiker gegeben, der gegen die Einverleibung Hannovers in Preußen Einspruch erhob. Es war der frühere Landwirtschaftsminister v. Hammerstein. Am 16. April 1867 stimmte der selbe Abgeordnete gegen die Verfassung, machte sich also derselbe That schuldig, die der Einfluß als Mangel an nationaler Gesinnung oft genug angerechnet worden ist. Bei der Beratung dieser Verfassung wurde ein Antrag, folgenden Zusatz anzunehmen, gestellt:

„Den nichtdeutschen Volksräumen auf dem Gebiete des Norddeutschen Bundes ist ihre Nationalität, insbesondere die Gleichberechtigung ihrer Sprache innerhalb des nationalen Gebietes verhältnisweise gewahrt.“

Einer der Abgeordneten, die für diesen Antrag stimmten, ist Herr von Hammerstein, der heutige Landwirtschaftsminister, der damalige Fraktionsgenosse von Windthorst und Massenhardt.“

Damals hat man den Landwirtschaftsminister zu den „Vertretern des Auslandes“ geworfen. Herr v. Hammerstein sollte sich wirklich ein besseres Gedächtnis anschaffen!

Es gibt keine Fleischhochzeit! In Reichenbach i. W. schickte der Bürgermeister in seinem der Stadtverordneten-Versammlung vorgelegten Jahresbericht an, daß die Einnahmen des Schlachthofes gegenüber dem Vorjahr bedeutend zurückgegangen sind. Das resultierte daraus, daß weniger Kinder und Schweine geschlachtet worden sind, obgleich die Zahl der geschlachteten Pferde erheblich zunommen hat. Bei alledem ist die Einwohnerzahl minderstens die gleiche wie im vorhergegangenen Jahre.

Eben noch beschwerten die Regierungskräfte im Reichstag: es gibt keine Fleischhochzeit! Sie erwarten sich damit den Dank des agrarischen Interessenten, aber sie verloren — und wie man sieht mit vollem Recht — auch den letzten Rest von Vertrauen und Achtung im Volke.

Noch immer Lippisches. Einen seltsamen Grund gegen den Bau einer Eisenbahn hat die Westfälische Eisenbahngesellschaft angeführt. Die Lipperische Regierung unterhandelt mit dieser Eisenbahngesellschaft über den Bau einer Eisenbahn, die Detmold mit Paderborn verbinden soll. In der Sitzung des lipperischen Landtages am Donnerstag mußte jedoch der Minister von Westfälisch eine Drohung verleben, wonach die Westfälische Eisenbahngesellschaft den Bau der Bahn ablehnt, „weil der größere Theil der Strecke auf lippischen Boden liegt.“ Dazu bemerkt die Lipperische Landesregierung: „Der Grund der Ablehnung ist ein recht eigenhümlicher und weckt lebhaft die Gedanken an politische Gegensätze.“

Politik in Kriegervereinen. Die Gröterungen politischer Fragen ist zwar sahungsgemäß für die Kriegervereine ausgeschlossen. Aber die seit dem Sommer sportmäßig betriebene Gesinnungskreisheit hat jetzt in manchen Kriegervereinen schon eine solche Bewirrung klarer Begriffe angerichtet, daß der Vorstand des Anhaltischen Krieger-Verbandes ganz offen das Treiben von Politik als vornehmste Pflicht der Kriegervereine auf sich legt. In dem anhaltischen Dorf Edderich hatte der Kriegerverein bei der Regierung Beschwerde geführt, weil die Kreisdirektion Köthen auf eine anonyme Denunziation hin den Ausschluß mehrerer als Sozialdemokraten verdächtiger Vereinsmitglieder forderte. Dieser Vorfall hat der Herzoglichen Regierung Veranlassung gegeben, das Disziplinarverfahren in solchen Fällen dem Vorstand des anhaltischen Kriegerverbandes zu übertragen. Dieser läßt nun bei Bannahme seiner neuen Funktion an die zugehörigen Vereine ein Mandat schreiben, das die prinzipielle Stellung der Kriegervereine zu der Sozialdemokratie auseinandersetzt und um deswillen außerst bemerkenswert ist, weil es die in der Praxis schon oft geübte Beteiligung der Kriegervereine an der Politik geradezu als patriotisches Erfordernis aufstellt. Das der „Boss. Blg.“ im Wortlaut vorliegende Mandat erläutert ausdrücklich die Ansicht für grundsätzlich, daß die Statuten der Kriegervereine ein Hindernis gegen auf das politische Gebiet verhießen. — Dann müßten nämlich für die Kriegervereine auch alle Beschränkungen in Kraft treten, welche für politische Vereine bestand. Weiter heißt es in dem Mandatsschreiben, welches sich ausdrücklich darauf beruft, daß der Vorstand des anhaltischen Kriegerverbandes nicht auf eigene Hand vorgegangen ist, sondern sich vorher der Zustimmung der Regierung und des Herzogs versichert hat: Die sozialdemokratische Partei sei „keine politische Partei wie andere Parteien, sondern einfach, klipp und klar: der Feind, der außerhalb der Grenzen unserer Gesellschaftsordnung stehende Feind, den zu bekämpfen und dem Abbruch zu thun auf jede Weise nicht ein Hineintragen von Politik in unsere Vereine, sondern ein Wirkeln in Übereinstimmung mit ihren Sätzen ist.“ Obwohl das Mandatsschreiben im Gegensatz zu den „politisch-nationalen“ Zielen der Sozialdemokratie die „theilweise Berechtigung ihrer Reformbestrebungen auf wirtschaftlichem Gebiet nicht bestreitet“, soll ferner doch die Bugehörigkeit zu einer die Erhöhung der wirtschaftlichen Lage erstrebenden Organisation, zu Verbänden, Gewerkschaften, Gewerkschafter und Arbeiterverbünden, die den sozialdemokratischen Stempel nicht ausgeprägt an der Stirn tragen, aber unter verborgen gehaltener sozialdemokratischer Flagge segelten, zur Mitgliedschaft eines Kriegervereins unwürdig machen. — Wir haben nicht das Geringste dagegen einzuwenden, daß auch die den Kriegervereinen angehörenden Männer für ihre politischen Überzeugungen eintreten, — auch wenn die ihnen empfohlene Politik bare Unsinne ist. Aber wogegen wir uns wenden, und was jeden rechtlich Denkenden empören muß, das ist die parteiische Behandlung der politischen Vereine. Während man unseren Vereinen, sofern sie wirklich oder nur scheinbar „politisch“ sind, den Zusammenschluß verbietet, untersetzt man die in strammen Verbänden organisierten Kriegervereine von oben herab geradezu auf, sich in den politischen Kampf zu begeben. Wenigstens sollten die „Krieger“ nicht so feig sein, sich eines solchen Privilegiums zu bedienen, sondern sie sollten dafür sorgen, daß auch ihren politischen Gegnern dieselbe

Bewegungsfreiheit auf dem Kampfplatz eingeräumt würde, wie sie sie genießen.

Vom Kapitel der Sonntagsheiligung. Verschiedene Personen, welche zur Zeit der Reichstagswahl in der Gegend von Kassel an einem Sonntags Wahlflugblätter öffentlich verteilt haben, waren auf Grund einer Regierungspolizeiverordnung wegen Sonntagssenthaltung zu Geldstrafen verurtheilt worden. Das Kammergericht hat jetzt die Revision der Angeklagten zurückgewiesen, da die fragliche Regelungspolizeivorordnung mit der Gewerbeordnung (§ 43) nicht im Widerspruch steht. — Formell läßt sich gegen das Urteil insoweit nichts einwenden, daß der § 43 der Gewerbeordnung nicht die „Sonntagssenthaltung“-Gebotenisse besiegelt. Wohl aber ist zu bestreiten, daß durch solches Vertheilen von Wahlflugblättern die Sonntagssenthaltung oder „Heiligung“ gefährdet wird und daß solche Verbote ohne Weiteres als zulässig gelten müssen. Das Verbieten der Flugblattverbreitung an Sonntagen macht den Eindruck, daß es viel weniger den Zweck hat, die Sonntagssenthaltung zu schützen, als für bestimmte Parteien das Ausdragen von Flugblättern zu erschweren. Soweit die Sozialdemokratie in Betracht kommt, tönscht man sich jedoch, wenn man glaubt, sie dadurch in ihrer Agitation behindern zu können.

Kleine politische Nachrichten. Wie die Berliner Polizei Spiel gewinnt. Der bisherige Vertrauensmann der Partei in Moabit (Berlin 6), Gräfle, hat mit einem Berliner Kriminalbeamten eine Nacht durchgespielt und im befreundeten Hause einen Vertrag unterschrieben, nach dem er Nachrichten an die Polizei liefern sollte. 60 Mark Handgeld fanden sich am andern Morgen in seiner Westentasche vor. Selbstverständlich ist Gräfle nicht mehr Vertrauensmann unserer Partei, trotzdem er jede Verbindung mit der Polizei abschüttete. — Der jahrtägliche Schuh der Angestellten bei Handelsgewerbe im Reichsdienst des Innern ausgearbeitete Gesetzesentwurf wird der „Post“ infolge dem Bundesrat in den nächsten Tagen zugehen. Es ist zu befürchten, wie schon früher bekannt geworden, eine Minimatafel vorgelesen und auch die Frage des Lohneslassen in genügend Umfang beantwortet. Also wieder, wie bei allen sozialpolitischen Gesetzen: halbe Arbeit. — Centrum und Bund der Landarbeiter. Der Magdeburger „Allgemeine Zeitung“ wird uns angeblich gut unterrichteten Kreisen gewöhnen, daß die Bildung einer agrarischen Gruppe im Centrum und der Abschluß eines Kartells mit dem Bunde der Landarbeiter nunmehr perfekt geworden ist. Wenn die Meldung wahr ist, was wir noch bezweifeln, so würde dadurch neues Spannungsmaterial in die Centrumspartei getragen werden. — Zur Versteuerung wird gestellt, daß der Staat die Bereitstellung wieder in eigene Hände übernehme will. Dem Landtage sollen in diesem Winter entsprechende Forderungen unterbreitet werden. Graf Guido von Henczel-Dönnersmarck hat die Nachricht von seiner ziemlich unmittelbar bevorstehenden Ernennung zum Finanzminister als jeder thatächlichen Unterlage enthebend bezeichnet. — Die Melbung, daß der frühere Redakteur der „Kreuzzeitung“, Freiherr v. Hammerstein, aus der Strafschaft entlassen werden sei, ist unrichtig. — Die zufällig erlittene Untersuchungshaft hat das Amtsgericht in Heinrichswalde (Ostpreußen) nach der „Post“ auf Anweisung des Justizministers 500 Mark an die Provinzialstaatschkeit aus Obhut entgezahlt. Frau Staatschkeit hatte wegen Verdachts der Beihilfe zu einem Morde fast ein Jahr in Untersuchungshaft gesessen. — Zum Prozeß Landauer, der bekanntlich verlegt ist, wird mitgetheilt, daß ein wichtiger Zeuge mit neuen Bekundungen über die frühere Thätigkeit des Kommissars Gottschall hervorgetreten sei. Wie der „Spartan“ hört, soll der frühere Elberfelder Staatsanwalt Hölz, der seiner Zeit die Todesstrafe gegen Biebenhauer beurtheilt hat, dieser Zeuge sein. Der Magistrat v. v. Magdeburg schlägt einer Melbung des „V. L.“ folge, einen Auftrag wegen Verfehlung der Großbazar ab, nahm aber einen Auftrag auf Reform der Gewerbesteuern an, in der eine stärkere Herausziehung der größeren Betriebe vorgesehen sein soll. — Eine Bekanntmachung, die Aufsehen erregen wird, erliegt der Stadtrath von Löbau, indem er droht, gegen Drogenhändler vorzugehen, welche sich weigern, an ihren Pflegebefohlenen Einsprünge mit Diphtherie serum vorzunehmen zu lassen. Der Stadtrath von Löbau sieht weit über Biel hinaus. Eine obligatorische Diphtherieimpfung nach dem Vorbilde der obligatorischen Pockenimpfung gibt es in Deutschland noch nicht, also auch kein Zwangsmittel gegen Leute, die sich gegen die Serumtherapie ablehnend verhalten. — R. Dingley, der Urheber des nach ihm benannten amerikanischen Postarises ist gestorben.

Dänemark.

Die Rößerei im dänischen Parlament. In der Budgetberatung des Volkschings am Sonnabend interpellirte der Berichterstatter des Budgetausschusses Christopher Hage über die Ausweisungen dänischer Staatsangehöriger aus Nordschleswig und über die Beziehungen Dänemarks zum Auslande. Der Minister des Auswärtigen Rayn erklärte, daß das Verhältniß zu allen Mächten ein freundliches (1) sei und führte dann weiter aus: „In Angelegenheit der Ausweisungen aus Schleswig, welche auf uns alle einen schmerzlichen Eindruck gemacht haben, hatte die Regierung an die deutsche Regierung die Auffrage gerichtet, ob Deutschland beachtfähige, die Dänen in Nordschleswig, die genäß dem Friedensvertrage von 1864 für Dänemark optirten, im größeren Umfange auszuweisen. Nach der auf diese Auffrage erhältlichen Auskunft ist kein „Optant“ ausgewiesen worden. Der Minister gab zum Schlusse der Hoffnung Ausdruck, daß auch die Ausweisungen der anderen Dänen aufgehören werden, da ein gutes Verhältniß für beide Länder das Beste sei.“ Diese leidenschaftliche Erklärung des Ministers wird nur wenige Dänen befriedigen. Hoffentlich nimmt sich irgend ein Abgeordneter der Ausgewiesenen energisch an.

Frankreich.

Die „Entschlüsse“ des Beaurepaire haben sich schon durch die Kammerverhandlungen als großer Humbug erwiesen. Nach den Befunden des Justizministers besteht das ganze Verbrechen der Richter der Kriminalkammer darin, daß sie den Oberst Picquart als so zu sagen ausständigen Menschen behandelt haben, was ja allerdings — wie wir am Prozeß gesehen — auch vor französischen Gerichten nicht jedem geschieht. Sie haben ihn mit „Herr Oberst“ angerebet, haben während der langen Vernehmung Wasser und etwas Rum zu seiner, aber auch der andern Zeugen Verfügung gestellt etc. Eine genauere Untersuchung wird zwar noch vorgenommen werden, sie dürfte aber kaum etwas Belastendes für die Richter zu fordern. Die republi-

kanischen Richter beurtheilen dennoch auch die Debatten in der Kammer als eine „Verdunklung Beaurepaire's“. Am Schlusse der Kammerberatung erklärte Dupuy einem Deputirten, der im Laufe der Debatte eine beständige Anfrage an ihn gerichtet hatte, die Regierung werde eine Untersuchung einleiten, um sich darüber Klarheit zu verschaffen, wie Beaurepaire in den Besitz des Berichts gelangen konnte, welchen Kapitän Herze, der mit der Ueberwachung Picquart's, während seiner Haengungsrede vor dem Russischen Hoftribunal betraut war, beim Militärgouvernement von Paris erhalten hatte.

Das Ende der Revisions. Engnete soll dem „Matin“ zufolge nahe beworben, und noch die Begegnungsrede Grévy's sehr anz. Dieser wird aber voranschließlich der Ueberseite besseren Theil, die Vorlesung mühlen und nicht nach Paris kommen. Die Kriminalbeamten werden erklären, es sei tatsächlich Herrsch geblieben, es bestehne jedoch kein Beweis für die Schuld Dreyfus', da das Vorberesan nicht von ihm herstamme. Dreyfus solle vor ein neues Kriegsgericht gestellt werden. Wie aus dem jugendlichen Briefen Dreyfus' hervorgeht, scheint er der Ansicht zu sein, die Revision sei auf die Initiative des Generalstabes zurückzuführen, und daß Soldaten und seinen Kameraden — Beaurepaire erklärt im „Echo de Paris“, seine „Entschlüsse“ hätten verhindert, daß die Kriminalbeamten die Unschuld Dreyfus' proklamierte, welcher nunmehr vor ein neues Kriegsgericht verwiesen werden müsse. Der in der Dreyfus-Affäre vielfach ehemalige deutsche Militär-Attache in Paris, Oberst von Schwartzenbeck, soll einem Berliner Telegramm des „Neuen Wiener Journal“ zufolge gegenüber österreichischen Offizieren, die zum Jubiläum des Kaiser-Franz-Grenadier-Regiments in Berlin weilten, gesagt haben: „Wir haben offiziell die Erklärung abgegeben, daß wir mit Dreyfus absolut niemals etwas zu thun hatten. Ich habe in der ganzen Angelegenheit nichts weiter zu sagen. Sie erheben sowohl mir als Ihren Kollegen einen großen Dienst, wenn Sie dies ausdrücklich feststellen.“

Der Richter Grosjean wurde durch ein Schreiben des Justizministers gebeten, vor dem Disziplinarhof die richterliche Beamte zu erscheinen wegen seiner Haltung in der Angelegenheit Dreyfus'. Grosjean spricht in einer Anschrift an die Beilegungen vorüber aus, daß nun ihm noch nicht haftlich beschreibt werden kann, daß er am Freitag vor 8 Tagen an die Rangreihe des Disziplinarhofs rückte, in dem eine Thatprobe erzielt wurde, die möglich zur Bezeugung bei Molle Wignat in der Dreyfus-Angelegenheit sei.

Ein neuer Streit des Militärkönigs? Nach den „Droits de l'homme“ haben täglich Konferenzen zwischen den militärischen Theile aus den Anti-Revisionisten statt. Nachdem der Streit Beaurepaire's mißglückt ist, bearbeitete man zwei Mitglieder des hohen Gerichts, ihre Demission zu geben, um die Fortsetzung der Dreyfus-Enqueten zu vereiteln.

Einen neuen, diesmal aber heiteren Prozeß läudigen die Blätter an. Der „Soleil“ brachte nämlich ein humoristisches Beiblatt mit Photographien, worin nach den bekannten Motiven des Generalstabs einzelne ganz freude Berixen zu einer intimen Gruppierung vereinigt sind, um zu zeigen, wie leicht es heißt, wieviel Freude Dreyfus und Schwartzenbeck zusammen zu photographieren. Unter den Gruppen befand sich auch das Bild der Vergogna v. Lutz mit Arthur Meyer vom „Saulo“. Die Herzogin verläßt nunmehr ihre Wohnung, den Direktor des „Soleil“, wegen Beleidigung.

Der santere Patron Esterhazy brüstet sich auch in dem jüngsten erschienenen Heft seiner „Mémoires“ damit, daß er ein Doktorat im Streit der französischen Kontrerevolutionen gewonnen sei und die freuden Militär-Attaches tragen habe. — Die öffentliche Meinung ist sich zwar längst klar, daß dieser Halsknoten zu allem fähig ist, doch läßt sich die Generalitätsblätter und Dreyfus' freudigen Organe darin einig, daß diese neueste Behauptung Esterhazy's: er sei Kontreipion gewesen — erlogen ist.

Der Kassationshof vernahm Sonnabend Nachmittag nochmals den Fall de Gom. Wie es heißt, wird sich der Kassationshof Dienstag über die Zuständigkeitsfrage in Sachen Picquart schriftlich machen. Ab sofort kann sich dem Gerichte die Verladungen der Zeugen Reinach's in seinem Prozeß mit der Witwe des Obersten Henrion anstellen. Es werden nicht weniger als 209 Zeugen geladen werden.

England.

Englisch-französische Fäkelien. Zwischen Frankreich und England ist keineswegs offenes Einvernehmen wieder hergestellt. Die Aufregung über den Fachoda-Streit zittert noch nach in beiden Ländern. Neue Nahrung hat sie erhalten durch das englische Blaubuch über Maclaggan. Es wird darin Beschwerde geführt, daß die Franzosen ihre Zusage, in Madagaskar die Politik der offenen Thür für den Handel aller Länder zu befolgen, nicht gehalten haben. Das sei aber die ausdrückliche Voraussetzung für die Anerkennung des französischen Protektorates durch England gewesen. Trotzdem seien seit der französischen Okkupation Zölle von 54 bis 79 Proz. bez. Weithes eingefühlt, während französische Erzeugnisse nur 3 Prozent zu zahlen brauchen. Einzelne Beamte seien sogar so weit gegangen, den Eingeborenen lange Gefängnisstrafen anzudrohen, falls sie sich unterstünden, mit anderen als französischen Händlern Verkehr zu treiben. Unter solchen Belästigungen und beunruhigten Beeinflussungen sind demnach auch die dortigen britischen und indischen Handelshäuser sehr bald zusammengebrochen und Lord Salisbury schreibt: „Wenn die britische Regierung hätte vorangesehen können, daß die französische Expedition die Rechte des englischen Handels abschaffen würde, so würde jener Feldzug sehr ernste Besorgnisse in England erregt und dadurch erhebliche Erschwerungen erfahren haben.“ Das Vorgehen der französischen Regierung verdiente in jeder Hinsicht die Bezeichnung, daß es „mit internationalen Rechten und den wiederholten Belehrungen französischer Minister völlig unvereinbar“ bleibt. Die französische Regierung hat also ihrer russischen Bundesgenossen meisterhaft abgelauscht, wie man sich über Verträge hinwegsetzt. In Madagaskar verfährt sie etwa so, wie die Bardenieen in Batum oder Port Arthur. Die Engländer haben ihrerseits hier wie dort die nämliche Behandlung zu vertheidigen. Daß das der Louna nicht zu trüglich ist, braucht nicht betont zu werden. Ein anderer Streitfall zwischen den beiden Großmächten lautet in Neufeland. Dort haben die Franzosen alte Vertragsrechte, die ihnen die Fischer reicherrechtssame auf der ganzen Weltküste sichern. Den französischen Fischern steht dort das ausschließliche Recht zum Dörren und Räuchern von Fischen zu. Die Neufänder dürfen nicht einmal einen Bretterschuppen errichten. Sie möchten aber gern alleinige Herren ihrer Insel sein, und diesen berechtigten Wunsch verstärkt der Mineralreichthum der Westküste. Von Zeit zu Zeit ist durch

Sonderverträge, deren letzter im kommenden Sommer abschließt, ein Abkommen getroffen, das den Neufändern Rebenrechte zugestellt. Die Franzosen suchen nun für weitere Zugeständnisse sich anderweitig Vortheile zu verschaffen. Alles das trifft dazu bei, den beiderseitigen Krieg zu führen, so daß die französischen Chauvinisten schon wieder mit dem Säbel raseln und den Panzerfaust poschen, und die englischen Dingoes in diesem Kriegslärm hinter den Nachbarn nicht zurückbleiben.

Schweden.

Eine Petition zum Ausdehnung des Wahlrechts, die mit etwa 400 000 Unterschriften bedeckt war, wurde dieser Tage dem Könige von Schweden überreicht. Auf die Ansprache des Wirtschaftsrers, Reichstagsabgeordneten Dr. Bergström, versicherte der König, daß die wichtige Frage des Stimmbuchs von der Regierung in umfassender Weise geprüft werden solle. Nach Beendigung der Audienz wurde die Abordnung auch vom Ministerpräsidenten Voström empfangen. — Das politische Wahlrecht ist in Schweden an eine verhältnismäßig hohe Einnahme gebunden, so daß nur etwa 6 Prozent der Bevölkerung ein Wahlrecht ausüben können, während ein großer Theil der Arbeiter davon ausgeschlossen ist. Um die Sache der Wahlrechtsreform in Gang zu bringen, griff die Arbeiterschaft vor ungefähr zehn Jahren zu dem originellen Mittel, einen sogenannten „Vollreichtag“ in's Werk zu setzen, zu dem die Mitglieder nach den Grundzügen des allgemeinen Wahlrechts gewählt wurden. Dieser „Vollreichtag“ ist zweimal zusammengetreten und suchte durch seine Verschärfung einen Druck auf die Regierung auszuüben, und endlich sich die letztere auch eines Entwurfes zu erarbeiten, der aber weder den Weisst der Rechten noch der Linken stand. Diese hielt die Zeit für eine Wahlrechtsreform noch nicht gekommen, diese fand das Gebotene für zu geringfügig, um es anzunehmen, und so stimmten Rechte und Linke einträchtig gegen den Regierungsentwurf. Anzwischen verging wieder einige Zeit, und so wurde im abgelaufenen Jahre die Petition in Umlauf gesetzt, die nun dem König überreicht worden ist.

Rußland.

Neben die Arbeiterbewegung in Petersburg und die in letzter Zeit vorgenommenen Massenverhaftungen wird beim „Wort“ geschrieben: Ende Dezember haben in drei Webereien — der Spazierlichen und der Petrowschen (beide von Maximoff), wie auch in der von Pahl — Streiks von langer Dauer stattgefunden. Die Arbeiter forderten den 10½ stündigen Arbeitstag und eine Lohnerhöhung, sahen sich aber genüßt, nach ein paar Tagen, ohne einen Erfolg erzielt zu haben, die Arbeit wieder aufzunehmen. Zu einer Reihe von anderen Webereien wurde der Ausbruch von Streiks durch das vermittelnde Eingreifen der Fabrikinspektion verhütet. Die Streiks hatten Massenverhaftungen zur Folge. Als die Polizei des Staats in die bei der Fabrik von Pahl belegenen Miethäusern eintrang, um Verhaftungen vorzunehmen, versuchten gegen 700 Arbeiter, ihre Kollegen vor der Verhaftung zu schützen, sie bewarfen die Polizei mit Holz, gossen nach ihr mit Kochendem Wasser usw. Darauf wurde die Miethäuser von Militär umzingelt und unter dem Schutz der Soldaten führte die Polizei gegen 50 Arbeiter nach dem Gefängnis ab. Im Zusammenhang mit der Streikbewegung der Weber sollen auch die Massenverhaftungen stehen, welche unmittelbar darauf unter den Studirenden der verschiedenen Petersburger Hochschulen vorgenommen worden sind. — Vor dem Ausbruch des Streiks fanden in Petersburg auch Verhaftungen statt. Von den vor dem Streik Verhafteten sind uns die folgenden Namen bekannt geworden: Konstantin Sichter (Stud. der Med.), Simeonowitschowa (Lehrerin), Gedebbaum (Student) und seine Schwester Nadeschda Gedebbaum (Studentin), Kanzel (Student) und seine Frau Lydia Kanzel (Studentin).

Amerika.

Der Krieg mit Spanien wird in den Vereinigten Staaten nicht ohne gerichtliches Nachspiel bleiben. Der „New-York Herald“ meldet aus Washington: Der Generalkommissar für die Armee verpflegung, Egan, wird auf Befehl Mac Kinley vor das Kriegsgericht gestellt werden wegen der Sprache, die er vor der Untersuchungskommission, die sich mit der angeblichen Misswirthschaft während des Krieges beschäftigte, dem General Miles gegenüber geführt hat. Egan hatte Miles Lügner genannt und auch sonst beschimpft, weil Letzterer behauptet hatte, daß der Armee gelieferte Rindfleisch sei nach der Behandlung auf chemischem Wege ungenießbar gewesen. Nach dem „Herald“ heißt es, der Kommissionsbericht werde erklärt, diese Beschuldigung sei unwahr, das Fleisch sei gut gewesen. Wie verlautet, geht Mac Kinley mit dem Gedanken um, General Miles im Falle dieses Skandals vom Oberkommando der Armee zu entheben.

Philippinen.

Den Amerikanern geht es schlecht auf den Philippinen. Sie waren eben noch sehr üppig und fühlten sich als Herren der Situation, aber Aginaldo hat sie rasch eines Besseren belehrt. Nach den in Madrid amtlich eingegangenen Mittelungen behaupten die Amerikaner die Herrschaft auf den Philippinen nur im Gebiet der Bay von Manila. Alles übrige mit Ausnahme von Mindanao, wo die Spanier bleibend, ist in der Gewalt der Aufständischen. Die amerikanischen Freiwilligen sind durch das Klima und die schlechte Nahrung entmutigt und befunden das Verlangen, nach den Vereinigten

Staaten zurückzulehren. Da es ist schon offene Meuterei ausgebrochen, als General Miller in Manila stationierte Truppen nach Ilo-Ilo dirigiren wollte. Kurz, die Amerikaner sind vollständig in die Defensive gedrängt. Spanien sieht dem Allen mit begreiflichem Stolz Vergnügen zu. Der Ministerpräsident Sagasta erklärte, an General Rios seien Befehle nach Manila ergangen, betreffend die Beobachtung absoluter Neutralität seitens der spanischen Truppen. Das scheint die Antwort darauf zu sein, daß Amerika an Spanien das Ersuchen stellte, Mindanao so lange zu halten, bis amerikanische Truppen anlangten, es zu besetzen. Eine etwas wunderliche Humurthe, Spanien darf die ihm entrissene Insel so schnell verlassen, als es will, höchstens ein längeres Verweilen könnte die Amerikaner anfechten.

In ihrer mäßlichen Lage sollen sich die Vereinigten Staaten nun durch ein ganz plumpes Blummarchen trocken lassen. Der "Daily Telegr." meldet aus Washington:

"In Regierungskreisen zirkuliert das Gerücht, daß Prinz Heinrich selbst hinter Aguinaldo stehe. Er habe durch den deutschen Konsul Aguinaldo die Versicherung angesehen, daß die deutsche Regierung entschlossen sei, die Philippinos in allem zu unterstützen, was sie von den Amerikanern verlangen. Alles, was Deutschland dagegen verlange, sei eine Kostenstation. In Washington meine man jedoch, daß Deutschland den Besitz einer Insel oder der gesamten Philippinen erstrebe."

Die "Abln. Atg." hat schon, jedenfalls in besonderem Auftrage, die Anklamationen energisch abgetrampft. Ihr Zweck scheint ein innerpolitisch taktischer zu sein. Die Opposition im Senate gegen Mac Kinley's Politik wächst unheimlich und mit dem Hinweis auf ausländische Feindseligkeiten möchte man die Opposition bei ihren vaterländischen Gefühlen fassen. Aber dazu sollte man sich wieder blühenden Unruhen aus suchen als ein Bündnis: Prinz Heinrich von Preußen und Aguinaldo.

16. Januar.

Achtung, Tabakarbeiter! Wegen Lohnunterschieden ist der Zugang nach der Fabrik Rose u. Schwoighoffer, gr. Petersgrube, streng fernzuhalten. Das Bureau befindet sich Bederstraße 3. Die Streikkommission.

Achtung, Böttcher! Wegen Lohnunterschieden ist der Zugang von der Fassfabrik von Fricke u. Co., Moislinger Allee 70, streng fernzuhalten.

Die Streikkommission.

J. Eine öffentliche Versammlung, in welcher Herr E. Rapp aus Grefeld über "Die Lohnbewegung der Grefelder Weber" referierte, fand am Sonnabend Abend im Vereinshaus. In Abwachtheit des wichtigen Referats war die Versammlung leider nur mäßig besucht. Der Referent führte einleitend aus, wie in dieser Hochburg des Konservatismus, Grefeld, die von Arbeiterschönlichkeit übersäumende und für Wahrheit, Freiheit und Recht angeblich lämpfende Partei es auf jedem Wege versucht, die Verstrebungen der Arbeiter aus Höherstellung ihrer Lebenslage zu hindern. Durch ihre kirchlichen Institutionen, speziell den Reichstuhl, vertröstet sie die Arbeiter hauptsächlich nur auf das himmlische Reich, das Elend, welches hier auf Erden herrscht, dabei ganz bei Seite lassend. Weiter übergehend zu den durchschnittlichen Löhnen der Weber in Grefeld unter Bezugnahme der Statistik der Weber-Berufsgenossenschaft, zeigte der Referent, wie überaus traurig die Lage der Weber in Grefeld ist. Der Durchschnittslohn eines Webers am mechanischen Stuhle betrug im Jahre 1897 10,20 M., der eines Handwebers 9,90 M. pro Woche. Rechnet man nun noch bei Leyteren die Ausgaben ab für Miete, Heizung, Beleuchtung usw., so bleibt eine Summe von seinem Lohn übrig, welche doch fast nicht hinreicht, eine Familie unterhaltes zu können. Die Bewegung in Grefeld ist jetzt dadurch entstanden, daß die Bezahlung für das sog. Haben und Annehmen für die Weber am mechanischen Webstühlen, welches für rund 400 Faden 3,20 M. betrug, durch Miss der Unternehmer in Grefeld sommer soll. Man bedenke, von dem wöchentlichen Lohn von 10,20 M. mit einem Male einen Ausfall von 3,20 M.

Für den Inhalt der Notizette übernahm
die Redaktion dem Publikum gegenüber
durchaus keine Verantwortung.

Berichtet.
Frieda Scheel
Max Heinke

Ravensbüch. Riegenheim i. S.

Dankdagung.

Für die bewiesene Theilnahme, sowie die überaus zahlreiche Kranzpende und Herrn Pastor Lütge für die trostreichen Worte bei der Beerdigung meiner lieben Tochter Dorothea unsern herzlichsten Dank.

Im Namen der Hinterbliebenen:
J. W. Boggenkamp.

Ein möblirtes Zimmer nach vorne
zu vermieten Augenstr. 28a, port.

Gesucht sofort ein Knecht
H. Beitel bei Noltinghoff.

Ein guterhaltener kurferländerwagen
billig zu verkaufen. Preis 7 Mark.
Marlesgrube 65, 1. Et.

Klein-Verkauf
von sämtlichen Spirituosen.
Cronsforder Allee, **J. C. Müller.**
Gute Kahlhorste.

Frisch gebrannt. Caffee
per Pf. 0,80, 1,00, 1,20, 1,40 M.
empfiehlt

Rud. Kracht, Riegeb. Allee 40.

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Verantwortlich für die Rubrik "Lübeck und Nachbargebiete" und die mit A. K. gezeichneten Artikel und Notizen: August Kasch.

Verleger: Theod. Schwartz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämtliche in Lübeck.

Der Durchschnittslohn der Sammelweber betrug im Jahre 1897 7,20 M., durch die ungenaue Vervollständigung der technischen Mittel kann ein Weber heute mit einem Male 6 Tuche, während früher nur eins, weben. Früher wurden für den Meter 6 Mark Webelohne bezahlt, heute nur 1,05 M., während die Fabrikanten den Stoff an die Abnehmwerke nur 50 Pf. billiger liefern. Man kann sich denken, welche ungemeine Gewinn die Unternehmer haben, wenn es ebenso ist, wie vermeldet ist, daß die Unternehmen allein vielfache Millionen sind, während die Arbeiter, welche die Stoffe schaffen, nicht ihr tägliches Brod haben. Allein lebende Frauen, Witwen, mit 3—4 Kindern, welche nicht wissen, woher sie die Nahrung für ihre Leiber nehmen sollen, müssen sich unweigerlich der Prostitution hingeben, und so gräßt dieses Vuster in Grefeld in einem Maße, wie wohl in keinem anderen Orte. Mehrere Diskussionsredner ergänzten die Ausführungen des Referenten. In seinem Schlusssorte bittet der Referent, die Arbeiterschaft möge die Weber in Grefeld nach Möglichkeit unterstützen, denn es handelt sich dort um Sein oder nichtsein der Organisation, welche heute in dem Niederrheinischen Gewerbeverband über 8000 Mitglieder zählt, und ebenso um den Stand der politischen Organisation, welche heute schon in Grefeld verhältnismäßig eine bedeutende Macht darstellt. Ein Auftrag, welcher die Unternehmungssucht dem Kartell überdeckt, wurde au genommen. Hierauf Schluss der Versammlung.

Zu das Handelsregister ist eingetragen am 13. d. M. auf Blatt 1650 bei der Firma "E. W. Meyer": Carl Heinrich Wilhelm Meyer hat aufgehort, Inhaber der Firma zu sein. Rechtiger Inhaber: Carl Heinrich Friederich Meyer, Kaufmann in Lübeck. — Zu das Ge nossenschaftsregister ist am gleichen Tage eingetragen: auf Blatt 19 bei der Firma "Lübecker Gewerbebank", eingetragene Genossenschaft mit beschrankter Haftpflicht: Joachim Gottfried Johanns Müller ist zum Stellvertreter eines ersten Vorstandes aufgelöst unterrichtlich ernannt. — Eröffnet werden am Dienstag, den 17. d. M., 10½ Uhr, auf dem Amtgerichte die Testamente: 1. bes am 30. Dezember 1898 in Lauenburg a. E. verstorbenen Maurerpoliers H. F. D. Schmüser, 2. der hier am 21. Dezember 1898 verstorbenen Witwe des Kaufmanns P. H. Ch. Schlüßer, S. M. H. geb. Lenzhan, adoptierten Sohnes, 3. des hier am 27. Dezember 1898 verstorbenen Kaufmanns H. F. G. Grämer.

Eine Verkehrsstörung der elektrischen Straßenbahn fand am Sonntag Abend auf der Strecke Schwartauer Allee-Markt (Ecke Hackenburger Allee) dadurch statt, daß der Leitungsdraht zerriß. Durch Umsteigen der Fahrgäste wurde der Betrieb aufrecht erhalten, indem sich die Streckenwagen bei der "Unfallstelle" ablösten.

* Misere der Arbeit. Am Mittwoch verunglückte in der Fabrik von Evers u. Wiesner der former Storch dadurch, daß ihm ein Stück Eisen an die Scheibe sloss. Der Verletzte mußte auf Beratung des Arztes später vom Krankenhaus überführt werden. Wie wir erfahren, wurde der Unglücksfall dadurch heiter gefüllt, daß man, statt wie sonst üblich im Freien, im Arbeitsraum der former seicht mittels Rammbären ein Stück Guß zertrümmerete. Von einem abspringenden Stück wurde alsdann St. verlegt.

Vom Tage. Gestohlen wurde einem Knecht, während er bei einer Gesinde-Bermieterin weilt, ein Bündel mit Kleidungsstück. Ein Einbruch wurde bei einem Wirt in der Wallstraße verübt. — Der Dieb erbuntete nur Chocolade und einige Zigaretten.

Vor der Schwurgericht verwiesen ist der wegen Sittenvergehens angeklagte Dienstirektor Schaeffer aus Riegeb. d.

Übersicht der Lebenden und Gestorbenen in der Stadt Lübeck im Monat Dezember 1898. Geboren sind 178 Kinder, davon 88 männlichen, 90 weiblichen Geschlechts, totgeboren 3 Neubornen, 6 Mädchen. Gestorben sind 45 Personen männlichen, 61 weiblichen Geschlechts, in Summe 106. Demnach Überschluß an Geburten 43 resp. 29, insgesamt 72. Auf 1000 Einwohner waren 28,47 Geburten, 16,95 Sterbefälle zu verzeichnen. Von den Gestorbenen waren alt bis zu 1 Jahre 31, von 1—5 Jahren 9, bis zu 10 Jahren: 1, bis zu 15: 2, bis zu 20: 2, bis zu 30: 5,

bis zu 40: 3, bis zu 50: 4, bis zu 60: 8, bis zu 70: 14, bis zu 80: 13, bis zu 90 Jahre: 2. Die Todesursachen waren Diabetiker in 1, Krebskranken in 2, Tuberkulose in 12, Langenentzündung in 5, entzündliche Krankheiten der Atemorgane in 7, Magen- und Darmkatarrh, Brechdurchfall und Atrophie der Kinder in 7, Folgen des Wochenbetts in 9, Krebs in 7, angeborene Lebenschwäche in 3, Alterschwäche in 10, Unglücksfall in 3, Selbstmord in 1, Herzleiden in 5, Krämpfe in 4, Narcolepsie in 6, Wasserflucht in 1, Schlagfluss in 4, Typhus in 9, Malaria in 6, Schatzlach in 9, sonstige Krankheiten in 15, unbekannt in 7 Hälfen. Von den Gestorbenen entstiegen auf die Stadt 40, Vorstadt St. Jürgen 10, St. Lorenz 24, St. Gertrud 16, die Konventanstalten 16.

— **Schwartau-Mensfeld.** Eine Parteikonferenz für das Westen Lübeck tagte am Sonntag Nachmittag im Lokale des Herrn Steuerberg in Mensfeld. Es waren anwesend Delegierte aus Stockelsdorf, Gnissau, Hohenhorst, Mensfeld-Schwartau, Gronenberg und Gutin, Vertreter der Agitationskommission in Neuhausen und die Genossen Paul und Kasch aus Lübeck. Nach Eröffnung wurden die Genossen Voß, Knoblauch und Westphal (Gutin) in's Bureau gewählt. Der Verzagverein "Harmonie" trug sodann eine passable Lieder vor. Punkt 1: Angelegenheit Bagewinkel wurde einer dreigliedrigen Kommission übertragen, welche nach sehr langer Verhandlung der Konferenz folgende Resolution unterbreitete:

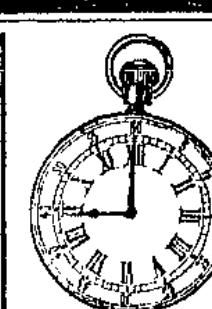
"Die Konferenz beschließt, in Sachen Bagewinkel hinsichtlich der finanziellen Angelegenheiten eine abwartende Stellung einzunehmen. Im Uebrigen erklärt sie Bagewinkel für dauernd nutzlos. Vertreterenräte innerhalb der Partei zu bestehen. Sie spricht ferner ihr lebhaftestes Bedauern darüber aus, daß ausschließlich noch Arbeiter die Handlungen Bagewinkels gänzlichlich für angebracht erachten und sich ihm anschließen."

Die Resolution wurde gegen eine Stimme — der betr. Genosse war gegen die Veröffentlichung des Beschlusses — angenommen.

Punkt 2: Die bevorstehenden Landtagswahlen führen sich zu einer eingehenden und lebhaften Diskussion, welche sich zunächst mit den zu erhoffenden Erfolg. sodann um die eingeschlagenen Wege dreht. Es wurde offiziell energisch betont, daß die Aussichten gute seien und daß es Pflicht der Genossen der Gemeinschaft gegenüber sei, der agrarischen Agitation auch bei den Landtagswahlen die Spitze zu bieten. Seitens der Agitationskommission wird die Gewährung von Geldern in Aussicht gestellt. Der Vorort Gutin hat die Vorarbeiten zu besorgen. Die Ausarbeitung eines passenden Flugblatts wird den Genossen Paul und Kasch übertragen. Das Verbrauchsmännerystem soll sofort weiter ausgebaut werden, auch sollen die Parkeigenossen an allen Orten schon jetzt die Agitation beginnen. — Um 6 Uhr wurde die leider durch die sozialen Streitigkeiten gestörte, im Uebrigen aber gut verlaufene Konferenz mit einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie geschlossen.

Eckersförde. Durch Kohle und Eisen erstickt ist in Friedrichshof bei Ahlesfeld eine russische Arbeiterin. Ihre Kollegin wurde gerettet. Die Ursache war, wie gewöhnlich, vorzeitiges Schließen der Ofenklappe. **Schleswig.** Unfall. Von der Straßenbahn tödlich erschlagen wurde die Ehefrau des Lehrers Münni. Ehemals von der Straßenbahn überfahren und getötet wurde in Riel der Kutscher Sell, Vater von sieben Kindern.

Stadttheater. Gastspiel Renier. Morgen, Dienstag, wird in unserem Stadttheater Frl. Renier vom Thalia-Theater in Polen als Magda in Sudermanns "Heimat" gastieren. Aus den vorliegenden Kritiken über die klassischen Leistungen von Frl. Renier entnehmen wir einer Besprechung der Magda in Hamburg folgendes: Vom ersten Augenblick an, wo Frl. Renier als Magda auf der Bühne erscheint, bis zum letzten Falten des Vorhangs stand man unter dem Eindruck ihrer Persönlichkeit. Ja, die Wirkung steigerte sich von Alt zu Alt.



**Ihren reinigen . 1,50,
Federn einsetzen . 1,50,
1 Jahr Garantie.
Uhrgläser 1. Dual. 0,30.**

**Aug. Büttner,
Uhrmacher,
Hütstraße 32.**

Musik.

Wegen Aufgabe des Artikels versende: Concert-Harmonika, 10 Tasten, 2theil. 1a. Doppelbalg, mit f. Balghalter, Doppelbalg mit Metallschläuchen, kein polst mit Metallaufl.; 2 Regist., dopp. dopp. 40 Stimmen, statt früher M. 5,75 für nur M. 4,25. Harmonika - Cornettina, 2 reihig (5 Signaltöne) praktisch, statt M. 7,50 jetzt nur M. 6.— Accordzithern, 6 Manuale, 25 Saiten, feines schwarzes Gehäuse mit Gold und Malereien, prächtiger Ton, mit sämmtl. Zubehör u. 2 Notenbüchern, statt M. 13,75 nur M. 10,50, enorm billig! Alles incl. Verpackung, ab hier, gegen Nachnahme.

Richard Koy, Duisburg a. Rh.

Stadttheater in Lübeck.

Dienstag den 17. Januar. Außer Abonnement. Gastspiel von Frl. Alma Renier.

Heimath.

Schauspiel in 4 Akten von H. Sudermann. Magda — Frl. Alma Renier a. G.

Wittwoch den 18. Januar. Außer Abonnement. Letztes Gastspiel von Frl. Alma Renier.

Die Hochzeit von Valen.

Schauspiel in 4 Akten von L. Ganghofer. Sandra — Frl. Alma Renier.

Das Reichstags-Fractious-Bild von 1898 der sozialdemokratischen Partei

ist zum Preise von 75 Pf. zu beziehen durch die

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Neuer Welt-Kalender

für das Jahr 1899

• Preis 40 Pf. •

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Feinste und seine

Margarine

seits frisch, per Pfund 50 und 60 Pf.

empfiehlt

Sämtliche Colonialwaren

Fettwaren, Spirituosen,

Futterstoffe, Feuerzeug

empfiehlt billig

Rud. Kracht, Riegeb. Allee 40. Rud. Kracht, Riegeb. Allee 40.

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Verantwortlich für die Rubrik "Lübeck und Nachbargebiete" und die mit A. K. gezeichneten Artikel und Notizen: August Kasch.

Verleger: Theod. Schwartz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämtliche in Lübeck.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 14.

Dienstag, den 17. Januar 1899.

6. Jahrgang.

Zweiter deutscher Seemannskongress.

(Dritter Verhandlungstag.)

Hamburg, 11. Januar.

Nach Wiedereröffnung des Kongresses wurde in der Debatte über die „Arbeiterzuhilfe“ fortgeführt. Reichstagsabgeordneter Th. Schwarz-Lübeck findet eine große Ungerechtigkeit darin, daß Angehörigen keine Unfallrente gezahlt wird, sobald sie im Auslande wohnen. Er habe im Reichstage darauf aufmerksam gemacht, und da sei ihm vom Minister v. Württember gesagt, man könne nicht die Angehörigen von Ausländern finden. Er, Medner, sagt, bei dem heutigen Umfang des Konsulatssystems ist es mindestens sehr häufig möglich. Recht bedauerlich ist es, daß die Seelente fast stets auf ihr Recht verzichten, von dem Abreiter noch 3 Monate nach Ablauf des Schiffes im Falle von Krankheit unterhalten zu werden. Es wäre durchaus nötig, daß die Seelente dem Krankenversicherungspflicht unterstellt werden.

Nach einer weiteren Debatte, an der sich auch Pastor Jungklaussen von der Hamburger Seemannsmission beteiligte, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Da der Seemann bei der Arbeitserziehungsgesetzgebung angewidert ist, erläutert der Kongress es für durchaus nötig dem Seemann mehr Schutz und Rechte zu gewähren. Insbesondere ist darauf zu wirken, daß bei der Festlegung der Untersagen zur Rentenberechnung seitens des Reichsanzalters die in Wirklichkeit verdiente Heuer insulsive Rostgeld und Überstandengeld zur Rechnung kommen. Der Kongress erklärt das als unzulässiger, als die Heuer an und für sich schon eine sehr geringe ist. Keiner erklärt den Kongress, daß die Unfallversicherungsvorschriften von der Reichsregierung erlassen und von Reichs-Zulassorenn kontrolliert, sowie daß dieselben bedeutend erweitert und schärfer präzisiert noz auch den Schiffselementen durch Aushang in den Schiffstugis zur Kenntnis gebracht werden. Außerdem erläutert der Kongress, daß bei der Alters- und Invalidenversicherung den Seelenten die Invalidenrente wesentlich erhöht und die Altersgrenze zwecks Bezugs der Altersrente von 70 auf 60 Jahre herabgesetzt wird.“

Der 7. Punkt der Tagesordnung: „Das Verlangen der Schiffselemente nach einer reichsgerichtlichen Kontrolle des Schiffsbauens und der Schiffe“ — begründet von Schiffszimmermann W. Müller-Hamburg — und der 8. Punkt der T.O.: „Die Bezeichnung der Schiffe“, den W. Müller begründet, wurden auf Antrag zusammen debattiert. Schließlich wurden folgende darauf bezügliche Resolutionen angenommen:

„Aus Seemannstreiten ist die Reichsregierung wiederholt erinnert worden, zum Schutz der Schiffsbauingenieure und Passagiere eine reichsgerichtliche Kontrolle über den Schiffbau instanztärer Einrichtungen, sowie über die Seeschifffahrt in der in Fahrt befindlichen Schiffe einzuführen. Alle beratlichen Anträge sind seitens der Reichsregierung nach Einholung von Gutachten aus den Kreisen der Abreiter bisher schroff abgewiesen worden. Die Protagonisten der Herren Schiffsbauer und Schiffaktionäre bietet aber keine genügende Gewähr für das Leben und die Gesundheit der Schiffsbauingenieure und Passagiere und daher fordert der 2. deutsche Seemannskongress reichsgerichtliche Einrichtungen zur Überwachung der Schiffe und des Schiffsbauens und beansprucht die sozialdemokratische Reichstagfraktion, zu ihrer geeigneten erscheinender Zeit diese Resolution in Form eines Antrages der Reichsregierung zu übermitteln.“

„In Erwägung dessen, daß die Erhaltung von Schiff, Ladung, Leben und Ersatzteilen sowohl der Mannschaften wie auch der Passagiere von einer guten und den Verhältnissen entsprechenden Mannschaft abhängig sind, fordert der 2. deutsche Seemannskongress“

Kongress reichsgerichtliche Bestimmungen bezüglich der Bezeichnung deutscher Kaufahrtenschiffe. Bis dato ist durch das Reichsvorhandensein reichsgerichtliche Bestimmungen der Willkür der Abreiter bezüglich der Bezeichnung der Schiffe Thor und Thor gestattet.

Der Kongress hält es für eine unbestreitbare Thatsache, daß die meisten deutschen Kaufahrtenschiffe, Segel sowie Dampfschiffe, speziell die der transatlantischen Linien, somit mit Teer als auch Maschinenpersonal ungern benannt sind. Der Kongress erkennt hierin den Hauptgrund der vielen Selbstmorde sowie Desertionen.

Ferner hält es der Kongress für erwiesen, daß durch die ungenügende Benennung mit durch die vielen unbekannten Mannschaften die Rettungsboote nicht genügend benannt und mit kostengünstigen Leuten versehen werden können und daß hierdurch bei Eintreten einer Katastrophe Menschenleben leichtfertig gefährdet werden.

Auch hält der Kongress die Bezeichnung deutscher Schiffe mit Ausländern, die der deutschen Sprache nicht mächtig sind und aus diesem Grunde gegebene Kommandos nicht pünktlich ausführen können, unter Mißtrauen für gefährdet.

Der Kongress stellt daher sowohl in Interesse der Seelente wie der gesamten Schiffsfahrt folgende Forderungen an:

1) Die deutschen Abreiter werden nach einer durch die Reichsregierung zu bestimmenden Bezeichnung statthaft erachtet, die Schiffe zu benennen.

2) Die Seemannsämter werden durch ein Reichsrecht ausgewiesen, diejenigen Ausländer von der Ausweiterzung freiem zu weisen, welche der deutschen Sprache nicht zumindest mächtig sind, daß sie die gegebenen Kommandos pünktlich ausführen können.“

Außerdem wurde folgender Aufruf von Störmer, Schulz und Vill angenommen:

„An Abreiter, daß die Gesetze und die Handhabung bestimmen, um in wohltümlichen Einsicht auf die Lage jeder Seefahrtsabhängigkeit, also auch auf die der Seemannschaften anzuheben, erläutert es der zweite deutsche Seemannskongress für eine unbeschreibbare Freiheit jedes einzelnen Schiffsmannes, sich mit die Schiffsfahrt tangt und Gelegen möglichst vertraut zu machen. Dies Wollen ist es Pflicht der organisierten Schiffslente, in ihrer Presse einen Meinungsstandpunkt über die Materialbedürfnisse und durch Versammlungen, Kundten nach Konferenzen die Ziele zu klären, damit positiv Verdacht an die in Wirklichkeit kommenden Korporationen gelangen können.“

Über den letzten Punkt der Tagesordnung: „Die Internationalität der Seelente“, teilte Störmer-Hamburg. Der Medner empfahl den Ausbau und die Erweiterung der bisher schon von einzelnen organisierten Seelenten geschlossenen internationalen Beziehungen. Die Arbeitgeber organisierten sich international, daß sie müßten die Arbeitnehmer ihnen. Nach langer Diskussion wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„In Abreiter, daß die Abreiter sich nicht nur mit anderen Arbeitgebern am Ort zu Arbeitgeberverbänden zusammenfinden, sondern auch nationale und internationale Abreiterverbündungen anstreben und unterhalten, wodurch immer größerer Machtverlust ist, es Pflicht der Seelente, ihren Verband auch immer stärker auszubauen und nicht nur als Mitgliedschaften des Verbandes den Gewerkschaftsorten am Ort und als ganzer Verband der Generaltummlist der Gewerkschaften in Deutschland sich anzuschließen, sondern auch internationale Beziehungen zu pflegen und den zur Zeit bestehenden internationalen Transport-Arbeiter-Bund sowie die von diesem geschaffenen Weltverbünden bzw. Arbeiterversammlungen, nach jeder Richtung hin möglichst zu unterstützen, um eben im wirtschaftlichen Kampf in Zukunft auch als ein Machtallianz gebührend berücksichtigt zu werden.“

Mit einer kurzen Ansprache, die in einem dreifachen, begeistert aufgenommenen Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung gipfelte, schloß sodann der Vorsitzende Hoffmann den Kongress.

Festales und Partei-Leben.

Dem gefangenen Genossen Meyer in Halberstadt ist nunmehr das Lesen einer Zeitung — und

Du denn nicht, daß das mehr ist, als unser ganzes Jahreseinkommen beträgt?“

Die arme Exzellenz mußte sich auf den nächsten Sessel niederlassen und rang verzweiflungsvoll die Hände im Schoß. „Wie hast Du es nur fertig gebracht, eine solche Summe in so kurzer Zeit zu vergessen?“

„Ja, siehst Du, Mama, ohne Gaul hält es der Kavallerist eben doch nicht lange aus und dann . . . dann habe ich auch verdammt noch mal im Spiel gehabt.“

„Im Spiel? Aber Bodo, es ist Euch doch so streng verboten?“

„Natürlich nicht Hazard, Mama! Ein ganz harmloser Stat, bloß daß der Point fünfzig Pfennige kostete — weißt Du, es waren ein paar reiche Herren von der Garde dabei; man könnte sich doch nicht lumpen lassen! Ich habe sonst immer so kolossalen Dussel im Stat gehabt, daß eigentlich gar kein Risiko dabei war. Da muß mich der Teufel reiten, daß ich ein Schwarz ausge — die vier Jungs hatte ich in der Hand und da . . .“

„Bitte, verzeih mir mit den Details, Wo hast Du denn nur eine solche Summe leihen können?“

„Ich traf hier zufällig den kleinen Beseler vom Corps in Wahlstadt wieder, der wegen schwacher Brust abgehen mußte. Der ist jetzt bei der Reichsbank angestellt. Jammer Kerk übrigens. Und da Beseler zufällig auch Dein Konto bei der Reichsbank kennt, so nahm er keinen Aufstand, mir das Geld auf Wechsel zu verschaffen.“

„Mein Konto bei der Reichsbank?“ Frau von Lersen war ganz bleich geworden und drückte ihre Schläfen mit den Händen zusammen.

Der Leutnant sah es nicht; denn nun war er an das Fenster getreten und blickte hinaus, um die Mutter nicht die Scham und Angst von seinen Augen lesen zu lassen. „Ja, die dreißigtausend Mark“, sagte er fast tonlos.

Aber wie erschreckt er sich umwandte, als nach einer längeren, peinlichen Stille die bebende Stimme der Mutter an sein Ohr klang: „Mein Sohn, mein Sohn, was hast Du

zwar des „Halberstädter Intelligenzblattes“ — gestattet worden.

M. Gladbach. In der Baumwollweberei Bleicher-Söhne kündigten fast sämtliche Arbeiter, weil Markenkontrolle bei Beginn der Arbeit eingeführt werden soll.

In der Zuckerraffinerie in Halle haben die in der Mohndürrerie eingesetzten 16 Arbeiter sämtlich die Arbeit niedergelegt. Vor 14 Tagen war ihnen eine Lohnreduzierung von 25 pf. angekündigt worden, die bei der Lohnzahlung am Mittwoch zum ersten Male vorgenommen wurde. Die Lohnreduzierung ist nun so unbegrenzlicher, als die Löhne in der Zuckerraffinerie bis jetzt bereits unzweckmäßig niedrig gewesen sind. Wurden die Arbeiter im Togelohn beschäftigt, so erhielten sie 22½ Pf. pro Stunde und davon sind nun noch 25 pf. abgezogen worden! Der größte Theil der Ausländer ist organisiert.

Kohlenarbeiterstreik. Im Kohlenbergwerk von Anton Nulda in Frankfurt a. M. legten am Dienstag 10 Arbeiter die Arbeit nieder. Das Arbeitersekretoariat übernahm die Vermittlung, und es gelang, den Zwischenfall friedlich zu beenden. Die Firma bewilligte einen Tagelohn von 4—5 M. Wieder wurden von der Firma 4 M. gezahlt. Die Zwischenmeister hatten indes nur 3,50 M. ausgeschahlt. Das Verfahren der Arbeiter wurde dennoch in öffentlicher Versammlung nach der „Vollestimmung“ als unzulässig und voreilig bezeichnet, weil die Beschwerde nicht erst der Firma unterbreitet wurde.

Ein Ausstand der „freien“ englischen Dockarbeiter. Seit dem letzten großen Londoner Dockstreik haben die großen Arbeitgeber bekanntlich einen „Berein freier Arbeiter“ gegründet, der momentan der üblichen Thronreihe der Gewerbevereine entgegenwirken sollte. Zum ersten Mal haben jetzt „freie“ Arbeiter einen Ausstand begonnen. Der Werftbesitzer Lafone kündigte am Dienstag an, daß er die Löhne der auf den Schiffen beschäftigten Arbeiter um 1 Penny herabsetzen würde und Überzeit erst von 8 Uhr Abends berechnet werden sollte. Bis jetzt haben die Arbeiter an Bord von Schiffen 7 Pence die Stunde und 9 Pence die Stunde für Überzeit erhalten. Die Arbeiter erklärten, daß die Lohnreduktion gegen das getroffene Abkommen verstößt.

Eine Organisation der Dienstmädchen nach gewerkschaftlichem Muster wird in den Vereinigten Staaten Nordamerikas vorbereitet. Folgendes Programm ist vorausgesetzt, dafür in Aussicht genommen. Die Arbeit soll um halb 7 Uhr Morgens beginnen und um 9 Uhr Abends zu Ende sein. Alle Arbeit nach 9 Uhr muss von Extra-Mädchen besorgt oder besonders bezahlt werden, wenn sie von den „Regulären“ verlangt wird. Ein Nachmittag in jeder Woche wollen die Dienstmädchen frei haben, ebenso jeden zweiten Sonntag. Außerdem verlangen sie helle, warme und lustige Zimmer, in denen jedes Mädchen sein eigenes Bett haben muss. Wie man sieht, ist das Programm keineswegs unmöglich, es dürfte im Wesentlichen schon jetzt Geltung haben, und es kommt wohl auch in erster Linie nur darauf an, daß bestehende Zusagen zu kodifizieren und zur Grundlage einer Organisation zu machen, die dann weitere Verbesserungen erzielen soll.

mir da gehan! Von diesen dreißigtausend Mark gehört nicht ein Penny uns. Damit hat Dein seliger Vater sich die Ruhe seiner Seele nach dem Tode erkauft. Dies Kapital ist heilig — ich darf es nicht anrühren!“

„Mutter, was sagst Du da?“

„Es muß noch mein Geheimnis bleiben, Bodo! Vielleicht, daß ich bald schon sprechen darf — vielleicht erfährt Ihr es erst nach meinem Tode. — Gib mir Dein Wort, daß Du den Schwestern nichts von dieser Summe sagen willst.“

„Ja, Mutter — mein Ehrentwort! — Aber wie, um Gotteswillen — soll ich denn meine Wechsel bezahlen? In acht Tagen sind sie verfallen!“

„Ich kann Dir nicht helfen, Bodo. Ich kann nicht. Ich darf nicht! Aber du nichts Uebertretes, rede erst mit dem Major. Du weißt, morgen ist sein Geburtstag. Gesteh ihm alles und dann . . .“

„Dem alten Muz alles gestehen? Ha, das wird ja ein Fest werden für den alten Bullenbeißer! Eine schöne Predigt werde ich da zu hören bekommen.“

„Hast Du sie nicht verdient? Schame Dich, Bodo, und sprich nicht so von unserem lieben Major. Er ist stets unser Freund gewesen.“

„Ja, aber er borgt grundsätzlich keinen rothen Heller.“

„Er wird Dir einen guten Rath geben können.“

„Mit einem guten Rath kann ich mir noch keine Pistole laden.“

„Bodo, Du sollst nicht so sprechen — ich verbiete es Dir.“

Und der Lieutenant kniete vor seiner Mutter nieder und bedeckte ihre vornehme schmale Hand mit brennend heißen Küssem.

„Ich liebe, gute Mama — sei mir nicht böse. Ich bin der unglücklichste Offizier in der Armee, wenn die Geschütze zum Klappen kommt, ich . . . laß mich gehen, laß mich! Ich höre Trudi lachen — ich kann sie jetzt nicht sehen! Ich gehe morgen zum Major! Adieu, Mama und Verzeihung!“

Die Kinder der Exzellenz.

Roman von Ernst von Wolzogen.

6. Fortsetzung.

(Nachdruck verboten.)

„Ich, Mutter — ich?“ brauste Bodo auf. „Da wäre ich ja nicht werth, meines Vaters Sohn zu sein. Für einen echten Verson giebt's nur einen Beruf auf der Welt — und ich will ein echter Verson sein. Mein Vater ist wahrscheinlich auch kein Duckmäuse gewesen — im Gegentheil, soll's oft lustig genug getrieben haben in seinen jungen Tagen . . .“

„Ja leider!“

„Leider? Er ist doch ein Reitergeneral geworden, wie ihrer die Armee nicht viel gehabt hat. Glaubst Du, Papa wäre damit einverstanden gewesen, wenn sein einziger Sohn jetzt wie ein Dorfchulamtskandidat sein junges Leben vermiederte?“

„Und glaubst Du, daß Papa damit einverstanden gewesen wäre, seine Familie in Dringlichkeit zurückzulassen, wenn nicht seine lustigen Jugendstreiche es ihm unmöglich gemacht hätten, bei Seiten für sie zurückzulegen? Ach Bodo, werde Deinem theuren Vater in allen Sätzen ähnlich, nur nicht in diesem einen! Die Verirrungen der Eltern sollen den Kindern zur Lehre dienen.“

„Verirrungen, Mama? Ich kann nicht glauben, daß mein Vater . . . Was hat er gethan, daß Du eine Verirrung nennen müßtest?“

Frau von Lersen trat an das Fenster und blickte mit tränenumflorten Augen hinaus: „Läßt uns nicht weiter davon sprechen, mein Kind. Halte Deinen Vater in hohen Ehren, aber las die kleinen Entbehrungen der Jugend Dich lehren, Deinen ererbten Hang zum leichtherzigen Genusse zu bemeistern. — Wieviel betragen Deine Schulden?“

„Biertausend Mark, Mama!“

„Biertausend Mark! Bodo! O mein Gott — weißt

Aus Nah und Fern.

kleine Chronik. In ganz Nord- und West-Deutschland herrschte Freitag heftiger, orkanartiger Sturm. Aus Süddeutschland werden heftige Regenfälle mit Gewitter gemeldet. — Im Monat November v. J. waren auf deutschen Eisenbahnen einschließlich Bayern zusammen 258 Verstöße aus allein verzeichneten, wobei zusammen 30 Personen getötet und 102 Personen verletzt wurden. — In selbstmörderischer Absicht stürzte sich die unverheirathete Studentin Margarete S. aus dem Fenster ihrer im dritten Stockwerk der Wiederkirchstraße zu Berlin begangenen Wohnung, auf den Hof hinab. Sie fiel auf einen aus Draht gesetzten hergestellten Schuhes statt. Die Wucht des Sturzes wurde durch das Gestirn so abgeschwächt, daß die Lebewohl nur kleine Hautabschürfungen an den Unterschenkeln davontrug. — Wegen großer Unterlassungen verhaftet wurde der langjährige Geschäftsführer des Kreisverbands Berlin im Verband deutscher Handlungsgesellschaften in Leipzig, Bruno Hollwege. Die Verhaftung erfolgte auf Veranlassung der Königlichen Staatsanwaltschaft. Dem Verhafteten wird zur Last gelegt, seit zwei Jahren fortgesetzte Unterschlagungen im Beträumtbetrag von gegen 20.000 Mark zum Schaden der Städte des Kreisverbands Berlin sowie der staatlich beanspruchten Rentenfalle des Gesamtverbands verübt zu haben. — „Die Rechnung ist noch nicht raus.“ Das beweist in des Wortes verwegener Weisung ein Justizrat, das die Tage in einem Berliner Blatte zu finden war. Es lautete wörtlich: „Zur Erleichterung für Eltern (Geschäftsführer)! Unterricht im Gesang, Klavierspiel und im Französischen wird gegen Entnahme von Waaren aller Art ertheilt.“ Eine eigenartige Vergiftungsvorstellung gab die in Weissensee wohnende Töchterfrau H. Sie im Dienstag Nachmittag einige Freunde zum Kaffeestall zu sich und trank, während man sich bei dem dampfenden Morea über dies und das aufs Beste unterhielt, eine Dosis rohe Carbosäure. — Wegen Unterschlagung von 1809 M. verhinderten ist der frühere Vorsteher des Freien Sparvereins vereinigter Gemeinde zu Rixdorf, der Gärtner Hugo Lüse, von der ersten Strafkammer des Berliner Landgerichts zu einem Jahr Gefängnis verurtheilt worden. Zu seiner Vertheidigung gab der Onkel an, er habe sich in der Agitation gegen die Sozialdemokratie aufgeopfert! — Nach 35 Jahren wurden durch Vermittlung der deutschen Botschaft in Washington den in Segeberg, Schleswig-Holstein, wohnenden Erben des im Jahre 1822 selbst geborenen Freih. Brandt, an rückständiger Löhnung, sowie an Bevorzugungs- und Kleiderzulage etwa 900 Mark vom dem amerikanischen Staatsdepartement durch die königliche Kanzlei in Segeberg ausgezahlt. Der genannte Freih. Brandt ist im Jahre 1864 in Amerika als Soldat des vierundfünfzigsten Regiments Pennsylvania Volunteers in der Kriegsgefangenschaft gestorben. — Aus dem Untersuchungssachen sind in Bremen (Ostpr.) zwei Soldaten des ostpreußischen Infanterieregiments Nr. 45 ausgebrochen, die wegen eines Einbruchs in Stahl in der Kantine verhaftet worden waren. Man vermutet, daß sie sich nach der russischen Kreuz gewendet haben. — Ein seltsamer Unfall hat sich in einer der letzten Nächte in einem Dorf bei Nürnberg ereignet. Der Fahrmeister eines mit Holz beladenen Wagens war zum Schutz gegen die Kälte in ein auf dem Wagen befindliches Fahrtuch gekrochen und darin eingeschlafen. Die fülligen Pferde brachten den Wagen zum Umstürzen und das Fahrtuch, mit dem Mann darin, peitschend einen hohen Berg hinab. Anderen Morgen fand man den Meiste auf; er war jedoch unverletzt, obwohl er ins Steinhaus gebracht werden mußte. — Ein „zeitgemäßer“ Verein hat sich zu Regen (bayer. Wab.) gebildet, dessen Aufgabe es ist, dem Schnarrenkabinett der Tafelstühler ein jähres Ende zu bereiten. Den Mitgliedern ist bei Strafe verboden, an Personen, welche nicht den Besitz eines „Geschirrs“ nachzuweisen können, ein „Schwipps“ zu verabreichen.

Klassenjustiz. Das Magdeburger Schöffengericht verurtheilte fünfundzwanzig Bauarbeiter wegen groben Unfugs, der durch Streikposten stehen während der vorjährigen Bauarbeiterauskrautung begangen sein soll, zu Geldstrafen von 5 und 10 M. Die Angeklagten beriesen sich darauf, daß seinerzeit auch die Arbeitgeber bei Beobachtungsstellen ausgestellt hätten und stellen entsprechende Beweise anträge, die jedoch als „unerheblich“ vom Gericht abgewiesen wurden. Natürlich! Der vom Justizminister Schöpstedt wieder aufgegriffene alte juristische Grundsatz lautet ja auch: „Wenn zwei dasselbe thun, so ist es nicht dasselbe.“ Das ist preußisch-deutsche Gerechtigkeit!

Als wenige Minuten später Trudi das Zimmer wieder betrat, fand sie ihre arme Mutter in Thränen.

„Aber liebe, süße Engelchen Mamachen!“ rief das reizende Mädchen herzlich bekümmert und war mit ein paar raschen Schritten an ihrer Seite.

„Du weinst doch nicht auch um die dumme Grigori? Herrjemine, da würde ich ja heute die einzige Bernkunftsige in der ganzen Familie sein! Höre doch bloß auf zu weinen — ich will mich ja auch ganz geschwind und artig verloben, wenn Dich das wieder aufheben kann, goldiges Mutterchen! Alles dir zuliebe.“

Und Frau von Lersen muste durch ihre Thränen lächeln und küste ihre herzige, niedliche Trudi lieblich auf die Stirn.

Biertes Kapitel.

In welchem der alte Muz den unglücklichsten Geburtstag seines ganzen Lebens feiert.

Der Major von Muzell lehrte in ausgezeichnet guter Laune von seinem gewohnten Spaziergang zurück. Zwar kam er arg hustend und keuchend wie immer an, aber die gewöhnliche Flusshalve über die „Satanahimmlerleiter“, die drei Treppen zu seiner Wohnung in der Bietenstraße, ward heute nicht abgegeben, denn er hatte sich erst heute früh beim Erwachen selber das Versprechen abgenommen, daß er zur Feier seines achtundfünfzigsten Geburtstages nun endlich einmal ernstlich daran gehen wollte, die schwere Kunst des „Mauhalteins“ zu erlernen.

Ja, das war das Unglück des trefflichen alten Herrn von jeher gewesen: er hatte immer sein Herz und so zu sagen auch seinen Kopf auf der Zunge gehabt und, trotzdem er sonst durch und durch Soldat war, niemals die militärische Eleganz des „Mauhalteins“ sich aneignen können. Man sagte dem alten Grimbart nach, er habe bereits als mächtigster Degenfährherr „röhniert, daß das Ende von weg war!“ Seine Vorgesetzten hatten niemals seinen Dienst-

Schutz vor Schülern. Die Kaiserliche Polizeidirektion in Straßburg i. E. sah sich veranlaßt, den Kriminalsechtmann Müller, der vor einigen Wochen einen angefeindeten Bürger, den Schifferheder May, in einem großen bayerischen Viertel ohne jeden Grund schwer beschimpft und thäuschlich beleidigt hatte, seines Dienstes zu entheben. Der Polizeibericht vom Mittwoch meldet u. A. laconisch: „In der Klinik wurde behandelt ein Bürger aus dem Vorort Nunprechtsau, dem ein Schuhmann in Uhr abgehauen hatte.“

Der Don Juan in der Sackstet. Aus Wien wird folgende Gerichtsverhandlung berichtet: Auf Grund einer Anzeige eines jungen Mädchens wurde die Friseurin Marie Fleischner vor Gericht gestellt unter der Anklage, mehrere junge Mädchen, darunter zwei dreizehnjährige, der Schande zugeführt zu haben. In der sehr im durchgeföhrt Verhandlung gelangten ganz abschreckende, heimtückende Vorwürfe zur Erbitterung. Die Angeklagte soll schon in Budapest ihre eigenen Töchter, Mädchen von 16 und 18 Jahren, als Geschäftslust bei ihrem schändlichen Gewerbe bewegt haben und deshalb bestraft worden sein. In Wien führte unter Anderem ein Stabsarzt und ein Geistlicher Kunden der Fleischer gewesen sein und eine hier verschaffte Mädchentat gab sowohl bei der Polizei, als auch vor Gericht an, daß es mit zwei anderen Mädchen von der Fleischer in der Sakristei einer Wiener Kirche und zu einem geistlichen Hause geführt worden sei. Staatsanwalt: Sie dürfen sich bezüglich des geistlichen Hause entschieden trennen! — Beugtin: Nein, ich habe ihn doch im Orient gesehen, worauf ich schnell weggegangen bin. — Richter: Es wird der Fleischer gewesen sein? — Beugtin: Nein, der war vorher schon in der Sakristei und sagte, der geistliche Herr kommt bald. — Staatsanwalt: Werden Sie den Geistlichen und den Stabsarzt wieder erkennen? — Beugtin: Ja. — Der Staatsanwalt stellte hierauf den Antrag, die Untersuchung auf die in die Sache verwiekelten Personen, die anzuforschen wären, auszudehnen und den Allgemeinen Landesgerichts abzutreten. Der Richter gab diesem Antrage Folge. — Niemand ist es zu lehnen, wie der Staatsanwalt und der Richter sich Mühe geben, den brauen Geistlichen mit dem Mantel der Heilthüte Liebe zu decken!!!

Die „Neuen Glühläder“ vor den Geschworenen. Der Herautator dieses vorzüglichen sozialdemokratischen Blattes, Genosse Emil Kratik in Wien, hatte sich am 11. Januar vor dem Wiener Schwurgericht wegen Beleidigung der Abgeordneten Gregorius und Biedermann zu verantworten, die sich durch die satirischen Darstellungen der „Neuen Glühläder“ in ihrer Ehre geschämt fühlen. Das Witzblatt hatte eine Karikatur Gregorius gebracht, der auf einem Bettchen voller Zeitungen mit einer Spuckflasche in der Hand dargestellt wurde. Das Bild trug die Aufschrift: „Friedrich der Christliche Sozialen gegen die reie Liebe“. Biedermann war als Affe dargestellt. Die Geschworenen bejahten die Schuldfrage bezüglich Gregorius mit zehn, bezüglich Biedermanns mit acht Stimmen. Der Geschäftsführer verurtheilte den Angeklagten zu zwölf monatlicher Haft.

Ein neues Explosivgeschöß haben die praktischen „humanen“ Engländer erfunden und an Stelle des Dura-Dumzuges angewendet. Es unterscheidet sich von dem herkömmlichen Dura-Dumzuge dadurch, daß es an der Spitze einen zylindrischen Hohlraum von 2 Millimeter Weite und 9 Millimeter Länge trägt. Nach außen ist dieser Hohlraum offen. Das Hohlräumengeschöß hat die Eigenschaft, daß es beim Auftreffen auf den menschlichen Körper platzt, sich nach hinten entzündet, wodurch der „shock“ erhöht wird.

Ein eiserne und seine ungewöhnliche Beschädigung verlornt, aber freilich auch die Unmöglichkeit seiner scharfen Zunge nicht ungerüpft und ungeahndet lassen können. Höchst komisch war es, daß er, obwohl er sich seiner Unfähigkeit wohl bewußt war, nichts weniger vertragen konnte, als wenn sich ein Untergesetz ihm selbst gegenüber in ähnlicher Weise verging.

Eine kleine Ned, die er während der Schlacht von Spichern an sein Battalion gehalten haben sollte, war als geflügeltes Wort in der ganzen Armee herumgetragen. Als nämlich die erste Granate in sein noch in der Reserve stehendes Battalion einschlug und zwei unglücklichen Füsilieren die Peine wegriss, wandte er sich auf deren durchdringenden Schmerzensschrei mit seinem Rossen um und rief: „Kreis, wer räumt hier? Wer stirbt, stirbt ruhig! Hier hat keiner zu reden, wie ich — verstanden?“

Ja, ruhig zu sterben, das hätte auch der alte Muz unter allen Umständen fertig bekommen; aber ruhig zu leben, ohne jederzeit und jedermann seine ehrliche Meinung in's Gesicht sagen zu dürfen, das ging ihm zu sehr wider den Strich — und so war es eben getunnen, daß sein alter, lieber Waffenbruder Lutz bereit die Generalsstreifen an die Hosen nähen lassen konnte, als er sich zum drittenmal bei der Beförderung zum Oberstleutnant übergegangen sah. Da hatte er denn doch wohl oder übel seinen Abschied einreichen müssen und er sagte selber, daß das betreffende Schriftstück „nicht ganz von Pappe gewesen sei“, aus welchem Grunde man ihm das bescheidene Sternchen selbst als Trost im Ruhestande versagt hatte.

Da er übrigens noch eine recht wohlhabend gewesene alte Tante zu verzehren hatte, so litt unser guter Major in seinem Ruhestande durchaus keinen Mangel, wenn er auch gerade nicht viel zurücklegen konnte. Zu das dritte Stockwerk war er nur aus Gesundheitsrücksichten gezogen und das tägliche Treppensteigen gehörte mit zu seiner Entfettungskur. Er wohnte recht hübsch und seine Einrichtung war ganz stilgerecht, militärisch und hagelholz. Ein Gewehrschrank, ein Bücherschrank, französische, österreichische und dänische

und die Wirkung bedenklich erhöht wird. Man hat dem neuen Geschöß den schönen Namen „was männer tödten“ zur Unterscheidung von dem „männerdurchbohrenden“ gegeben. Es soll an die Stelle des Dum-Dum-Geschosses treten, weil bezüglich seiner Verwendung dem englischen Kriegsministerium der Vorwurf gemacht wird, es verstoße gegen die Petersburger Konvention von 1868. Hab das Hohlspitzen Geschöß soll ich entsprechen? Professor Bruns in Tübingen hat mit dem neuen Geschöß Berücksichtigung aufgewiesen haben, daß daß neue Hohlspitzen-Geschöß dem Dum-Dum-Geschöß an Gravamale ist kaum nachsteht. Ein Schuß auf ein Pferd hatte die Wirkung, daß die ganze Halswunde total zerrissen wurde, sodass am Ausschnitt eine klaffende Wunde von 23 cm. Länge und 19 cm. Breite entstand, während die Verwundung am Einschlag kaum für den kleinen Jünger durchdringbar war. Die Wundkünder waren vielfach zerfetzt und eingetrennt und offenbalten mit Geschößfragmente bedekt. Der englische Friedensapostel und General des Zaren, Stein, hat da die beste Gelegenheit, vor dem Zusammentritt der Friedenskonferenz erst einmal seinen Landsleuten Vorlesungen über Humanität zu halten, zumal die Engländer dieser Professor Bruns' Werke und Resultate bezeichnenweise sehr erhojt sind.

Deutschland im Zeichen des Verkehrs. Der „Zonenrat“ veröffentlicht eine vergleichende Zusammenstellung der Fahrpreise im Personenverkehr, welche ergibt, daß Deutschland von anderen Ländern, namentlich bezüglich der Verbilligung des Fernverkehrs längst überflügelt ist.

500 km III. Kl. Schnellzug	Preisen
	Deutschland
" "	22,50 "
" "	Belgien
" "	15,40 "
" "	Oesterreich
" "	14,- "
" "	Niederland
" "	10,80 "
" "	Dänemark
" "	6,20 "

Unser „Fahrpreis“ ist also noch heute fast dreißig Prozent höher, als in Nagarn oder Dänemark!

1000 km III. Kl. Schnellzug	Preisen
	Deutschland
" "	45,- "
" "	Belgien
" "	30,80 "
" "	Oesterreich
" "	25,40 "
" "	Niederland
" "	17,30 "
" "	Ungarn
" "	8,20 "
" "	Dänemark
" "	7,30 "

Für die Fahrten von 1000 Kilometern und darüber ist das Missverhältnis noch viel schrecklicher. Und dabei klagen unsere Agenten über Begünstigung der „Eisenbahnwaggonbörde“!

Vitterarisches.

Diphtheritis, deren Entstehung und Behandlung nach Kueppel'scher Methode. Von J. C. Kueppel Redakteur der „Kueppel-Müller“ in Wiesbaden. 16. J. 16. Preis 5 Pf. — 3 Kr. — 6 Cent und das Porto, in Partien bedeutend billiger. Diese leichtverständliche Broschüre empfiehlt wir den Müttern von kleinen Kindern ganz besonders. Die Lehrer werden den Eltern ihrer Schüler sicherlich einen Dienst erweisen, wenn sie dieselben auf das Blatt aufmerksam machen.

Hamburger Marktbericht.

Hamburg, 13. Januar.

I. Qualität	Preis 100—110
II. Qualität	94—98
Ferner:	
obaldende und ältere Ware	85—90
Schleswig-Holsteinische Baudenkmale	75—82
Gärtliche und ähnliche	80—84
Hinterläufige Sommer	90—95
Tendenz: Ruhig.	75—85

Waffen und Uniformstücke als Kriegsrophäen an den Wänden, Gemälden und Bildern von Kameraden und Mannschaften, an die zwanzig Jahrejunge, einige galante Kämpferliche, Photogramme von defollierten Dämmchen und über dem erzählglichen Rückenstück das Porträt seines unzähligen Schlagzeuges „Gärtelde“ in Öl gemalt von einem mehr strebsamen als genialen jungen Künstler. Lautenschläger, sein letzter Bursche, den er als Diener mit in den Ruhestand genommen hatte, und welcher die felige „Gärtelde“ noch zu bedienen das Glück gehabt hatte, Lautenschläger verrichtete jeden Morgen beim Staubwischen seine sille Andacht vor dem Bildnis der verblichenen Nachstute.

„Heute habe ich einen Bärenhunger mitgebracht, Lautenschläger, mein Jungchen. Beforge mir mal schnell ein opulentes Frühstück,“ so redete der alte Muz seinem Diener beim Betreten des Wohnzimmers an. „Ist Herr v. Eckardt vielleicht schon dagewesen?“

„Nein, Herr Major,“ antwortete jener in strammer Haltung. „Aber Briefe sind noch ein paar angekommen zu Herrn Major seinem Geburtstag.“

Während der alte Muz die Gratulationen durchlief, trug Lautenschläger den begehrten Zimbiß auf: zwei Dampfbrotwörter, drei Scheiben Schlachtwurst und die Butterdose. Dazu schenkte er noch ein Glas Rotwein ein und meldete: „Herr Major, es ist serviert.“

„Das neunt der Kel ein opulentes Frühstück!“

„Herr Major kriegen nicht mehr, denn Herr Major haben in den letzten acht Tagen zu statt abgenommen.“

„Unmensch, Jungchen, willst du mir nicht einmal eine einzige Sardine gönnen zu meinem Wiegenfest?“

„Eine Schwalbe macht noch keinen Sommer,“ erwiderte treuerherzig-pfiffig der brave Lautenschläger. „Aber eine Sardine für den Herrn Major das wäre wie Giftgrün für die Wanzen! Morgen wiegen der Herr Major drei Centner, wenn ich das rästiere.“

(Fortschung folgt.)

Der Major von Muzell lehrte in ausgezeichnet guter Laune von seinem gewohnten Spaziergang zurück. Zwar kam er arg hustend und keuchend wie immer an, aber die gewöhnliche Flusshalve über die „Satanahimmlerleiter“, die drei Treppen zu seiner Wohnung in der Bietenstraße, ward heute nicht abgegeben, denn er hatte sich erst heute früh beim Erwachen selber das Versprechen abgenommen, daß er zur Feier seines achtundfünfzigsten Geburtstages nun endlich einmal ernstlich daran gehen wollte, die schwere Kunst des „Mauhalteins“ zu erlernen.

Der Major von Muzell lehrte in ausgezeichnet guter Laune von seinem gewohnten Spaziergang zurück. Zwar kam er arg hustend und keuchend wie immer an, aber die gewöhnliche Flusshalve über die „Satanahimmlerleiter“, die drei Treppen zu seiner Wohnung in der Bietenstraße, ward heute nicht abgegeben, denn er hatte sich erst heute früh beim Erwachen selber das Versprechen abgenommen, daß er zur Feier seines achtundfünfzigsten Geburtstages nun endlich einmal ernstlich daran gehen wollte, die schwere Kunst des „Mauhalteins“ zu erlernen.

Der Major von Muzell lehrte in ausgezeichnet guter Laune von seinem gewohnten Spaziergang zurück. Zwar kam er arg hustend und keuchend wie immer an, aber die gewöhnliche Flusshalve über die „Satanahimmlerleiter“, die drei Treppen zu seiner Wohnung in der Bietenstraße, ward heute nicht abgegeben, denn er hatte sich erst heute früh beim Erwachen selber das Versprechen abgenommen, daß er zur Feier seines achtundfünfzigsten Geburtstages nun endlich einmal ernstlich daran gehen wollte, die schwere Kunst des „Mauhalteins“ zu erlernen.

Der Major von Muzell lehrte in ausgezeichnet guter Laune von seinem gewohnten Spaziergang zurück. Zwar kam er arg hustend und keuchend wie immer an, aber die gewöhnliche Flusshalve über die „Satanahimmlerleiter“, die drei Treppen zu seiner Wohnung in der Bietenstraße, ward heute nicht abgegeben, denn er hatte sich erst heute früh beim Erwachen selber das Versprechen abgenommen, daß er zur Feier seines achtundfünfzigsten Geburtstages nun endlich einmal ernstlich daran gehen wollte, die schwere Kunst des „Mauhalteins“ zu erlernen.

Der Major von Muzell lehrte in ausgezeichnet guter Laune von seinem gewohnten Spaziergang zurück. Zwar kam er arg hustend und keuchend wie immer an, aber die gewöhnliche Flusshalve über die „Satanahimmlerleiter“, die drei Treppen zu seiner Wohnung in der Bietenstraße, ward heute nicht abgegeben, denn er hatte sich erst heute früh beim Erwachen selber das Versprechen abgenommen, daß er zur Feier seines achtundfünfzigsten Geburtstages nun endlich einmal ernstlich daran gehen wollte, die schwere Kunst des „Mauhalteins“ zu erlernen.